

Er scheint täglich außer Montags. Preis ordinaris: 20 Pf. Vierteljährlich 3,50 Mark, monatlich 1,10 Pf. wöchentlich 28 Pf. frei in's Haus. Einzige Nummer 5 Pf. Sonntags-Nummer mit Illustr. Sonntags-Beilage „Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnement: 2,50 Pf. pro Quartal. Unter Druck: Deutschland u. Österreich-Ungarn 2 Pf., für das übrige Ausland 3 Pf. pr. Monat. Einziger in der Welt: Je tungs-Druckerei für 1893 unter Nr. 4709.

Intentions-Gebühr beträgt für die künftige Beilage oder deren Raum 40 Pf., für Vereins- und Veranlassungs-Anzeigen 20 Pf. Intente für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr Abends, an Sonntagen und Festtagen bis 9 Uhr Vormittags geöffnet.

Verantwortlicher: Dr. J. B. Schmidt. Juni 1. Nr. 4166.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2.

Sonntag, den 18. März 1893.

Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.

Zum 18. März.

Zwei Welt-Feiertage hat das internationale Proletariat sich gegeben: den 18. März und den 1. Mai. Den 1. Mai hat der Pariser Kongress 1889 durch einen einstimmigen Beschluß der Arbeiter-Abgeordneten aus allen Ländern festgestellt, nachdem ein Theil der Arbeitergruppen, namentlich in Amerika, den 1. Mai bereits thatsächlich als Arbeiter-Feiertag angenommen hatte. Der 18. März ist ohne irgend einen Beschluß durch stillschweigendes Uebereinkommen, durch die Ereignisse, durch die Logik der Thatfachen Arbeiter-Feiertag geworden. In Deutschland und Oesterreich wuchs er hervor aus der Märzrevolution von 1848, die, nachdem am 18. März der von Westen heranbrausende Sturmwind das Metternich'sche Regiment in Wien hinweggefegt hatte, in der Berliner Straßenschlacht des 18. März ihren Gipfelpunkt, ihre höchste Kraftbethätigung erreichte. Die Bestimmungslosigkeit des deutschen Bürgerthums, die das Scheitern der Revolution zur Folge hatte, und bald im wilden Tanz um das goldene Kalb die freiheitlichen Ideale vergaß, steckte die Volksmassen nicht an, und in den finsternsten Zeiten der Reaktion hielt das deutsche und das österreichische Volk die Märzrevolution mit ihren Nachspielen in Baden (September 1848), Wien (Oktober 1848), Dresden und Baden-Pfalz (Mai und Juni 1849) in frischem, dankbarem Andenken. Es pilgerte zu den Gräbern der Märtyrerdoten, und am 9. November jeden Jahres — als am Tage, da Robert Blum 1848 auf der Brigittenau erschossen ward — erinnerte das Volk sich seiner treuen Todten. Und aller derrer, die im Kampf auf den Barricaden und im Feld für die Freiheit ihr Leben gelassen, oder in Wien, Rastatt, Mannheim, Freiburg dem österreichischen und preussischen Standrecht zum Opfer gefallen waren, wurde am „Robert Blums-Tage“ in treuer Liebe gedacht und mit dem Entschluß, das Testament der Märtyrer zu vollstrecken, und zu verwirklichen, was sie vergeblich erstrebt. So hatte Deutschland eine Zeit lang zwei jährliche Revolutionsfeiern — die Märzfeier und das Blumfest.

Mehr und mehr zog das radikale Bürgerthum sich zurück, und schon Mitte der fünfziger Jahre waren es fast ausschließlich die Arbeiter, die das Andenken der Revolution pflegten.

Die sozialistische Bewegung nahm anfangs der sechziger Jahre die revolutionären Elemente allmählig in sich auf; die That des 18. März, ein Sieg der Revolution, überglänzte das Trauerspiel der Brigittenau, die eine Niederlage der Revolution bedeutete; und als nun im Jahre 1871 nach den erschütternden Schlägen und Schlägereien des deutsch-französischen Kriegs am 18. März 1871 die Pariser Kommune entstand, und den Unterdrückten der Welt über blutigen Schlachtfeldern, rauchenden Trümmern und zerstampften Saaten den Sieg des Sozialismus, der Revolution zeigte, das Nahen einer neuen Gesellschaft der Ordnung, des Friedens, der Freiheit und

der Gerechtigkeit ankündigte — da war der Triumph des 18. März gesichert, und der 18. März wurde internationaler Feiertag der Arbeiter.

Während der 1. Mai mehr der Zukunft gewidmet ist, gehört der 18. März dem Kultus der Vergangenheit. Der Gegenwart gehören beide — den Pflichten, dem Ringen der Gegenwart — dem weder Vergangenheit noch Zukunft können unser, der kämpfenden Sozialdemokratie, Auge ablenken von den Aufgaben, die der Augenblick uns aufzwingt. Und wenn wir die Vergangenheit feiern, so geschieht es nicht in thatenloser Beschaulichkeit, sondern weil wir an den Großthaten der Vergangenheit uns stärken wollen für das Ringen der Gegenwart, dessen Ziel es ist, uns und unseren Kindern eine menschenwürdige Zukunft zu sichern.

Das Doppelfest des 18. März hat noch dadurch eine besondere Wichtigkeit, daß es die zwei Völker, deren jahrhundertlanger Zwist das Haupthinderniß des politischen Fortschritts war, in brüderlicher Gemeinsamkeit der Erinnerung vereinigt.

Der 18. März 1848 — Berlin — und der 18. März 1871 — Paris — wie verschieden und doch denselben Gedanken entsprungen, und dem gleichen Mutterchoß der Revolution! In Berlin war von einer Scheidung nach Klassen damals noch nicht die Rede. Bürger und Arbeiter gingen Hand in Hand — das Bürgerthum demokratisch aber unklar, die Arbeiter im Schlepptau des Bürgerthums. Erst die Revolution schuf Klarheit, Klärung und Scheidung. Der 24. Februar, welcher in Frankreich den Thron des diebischen Bürger-Königthums stürzte, brachte auch alle übrigen Länder in gewaltige Aufregung. In Deutschland erhob sich überall das Volk und forderte Beseitigung der elenden Bundestag-Wirtschaft, des Metternich'schen Systems, und Erfüllung des Programms, das der bürgerliche Liberalismus in den vierziger Jahren sich zugelegt hatte. Die Regierungen gaben zum Theil nach — was nicht nachgab, wurde gezwungen. Am 18. März mußte Metternich, der 30 Jahre lang fast eine ebenso unheilvolle Rolle gespielt wie später fast eben so lang Bismarck, dem Horne des Volkes weichen und sich nach England flüchten. In Berlin, wo es schon stark gährte, warf das Beispiel Wiens den Funken ins Pulverfaß. Die Regierung wich vor der andrängenden Hochfluth. Am 18. März hatte das Volk alles erreicht, was es gefordert. Erreicht auf dem Papier. Unsäglich Jubel. Das jubelnde Volk wollte dem König seine Dankbarkeit vor dem Schlosse bekunden — da erfolgte plötzlich jener Ueberfall, den die Geschichts-Legende als „Mißverständnis“ hinstellt, und den das Volk als niederträchtigsten Verrath auffaßte. Rache! Zu den

Wer über die Ereignisse des 18. März sich unterrichten will, den verweisen wir auf die früheren Nummern des „Vorwärts“, auf die Adresse der Internationalen Arbeiterassoziation betreffend die Kommune (von Marx geschrieben), und auf das soeben bei Wörlin und Komp. erschienene Schriftchen „Zum 18. März“.

Waffen! Im Nu bedeckten sich die Straßen mit Barricaden — die Armee wurde gegen das Volk geschickt — diesmal nicht aus Mißverständnis — und jener Kampf begann, der den 18. März zu einem der „großen Tage“ der Revolution erhob. Die Armee wurde besiegt, das Volk war Herr der Lage. Und am 19. März zog der König in jener demütigen, von Freiligrath so packend geschilderten Szene den Hut ab vor den Leichen der Kampfpfer. Doch das Volk wußte den Sieg nicht auszunutzen. Statt die Reaktion zu erdrücken, zu zermalmen, demütigte es sie, ihr die Macht lassend und die Möglichkeit der Rache, der Revanche.

Das feige Bürgerthum erschall bald vor der Revolution, die im Proletariat das Klassenbewußtsein weckte, und ebnete der Reaktion den Weg der Rache, der Revanche.

Wie die Reaktion sich gerächt hat für die erlittene Demüthigung, welche Orgien sie verübt, es ist nicht vergessen.

Auch für diese Verbrechen kam die Strafe. Der Sozialismus erleuchtete, entflammte die Arbeiterklasse, gab ihr eine Fahne und eine Organisation.

Drei und zwanzig Jahre sind vergangen — der alte „Bund“ ist zerrissen, das Legitimitätsprinzip von seinen eignen Befürwortern mit Kanonen zertrümmert, ein Blut- und Eisenreich angebahnt, das sich „einiges Deutschland“ nannte, und „Erfüllung des Ideals der Märzrevolution“. Wir wurden in den Bruderkrieg mit Frankreich gestürzt. „Blut und Eisen“ führte das Szepter, und „Blut und Eisen“ schien für die Ewigkeit gefestigt. Da, wie ein Feuerzeichen in schwarzer Nacht, schoß die Kommune empor, den bang zuschauenden Völkern freudige Hoffnung einflößend und lähne Siegeszuversicht. Die Kommune selbst freilich, sie konnte nicht siegen. Sie war von vornherein dem Untergang geweiht. Aber sie war nöthig zur Vorbereitung des Siegs, und ihr Tod war das Leben der internationalen Arbeiterbewegung.

An der stolzen Rebellenleiche der Pariser Kommune fanden sich die Arbeiter der Welt, und reichten einander die Hand zu dem Bruderbund, der das Proletariat befreien, die neue Gesellschaft der Gleichheit und Menschlichkeit aufbauen wird.

Vom 18. März 1848 bis zum 18. März 1871, welcher Fortschritt!

1848 noch eine rein bürgerliche Revolution, in welcher das Proletariat Schleppträger der Bourgeoisie ist.

1871 zum ersten Male das Proletariat an der Regierung — freilich noch zu schwach, um auf die Dauer sich an der Macht behaupten zu können.

Seit 1871 hat das Proletariat in seinem Entwicklungsgang ein gewaltiges Stück Wegs zurückgelegt. In Deutschland ist die Sozialdemokratie Siegerin geworden über die Blut- und Eisenpolitik und ist heute die zahlreichste und mächtigste Partei, und die einzige, in der nicht der Todtenwurm der Ferkelung und Fäulniß bohrt. In Frankreich, dem Mutterlande der Revolution, ersticht die Bour-

Revue.

Nachdruck verboten.

42

Die Laufbahn eines Nihilisten.

Von S. Stepniak.

Autorisirte Uebersetzung.

Frei ins Deutsche übertragen von Bertha Braun.

So gingen ein paar unschätzbare Augenblicke verloren und die Chancen wendeten sich schnell gegen Andrej. Als er sein Pferd herumwarf, stand Boris bewegungslos zwischen den beiden Gendarmen. Er kämpfte nicht mehr. Sein Gesicht war vor Aerger verzerrt und seine Augen hasteten sich auf etwas, das drohend aus der Ferne herankam.

„Nette Dich! Die Polizei!“ hörte ihn Andrej mit einer Stimme rufen, die er nie in seinem Leben zu vergessen glaubte.

Er sah sich um, und ein Fluch der Verzweiflung entschlüpfte seinen Lippen. Zwei Polizisten liefen, durch das Geräusch der Schüsse herbeigelockt, die Allee entlang. Ein dritter tauchte gerade etwas weiter in der Straße auf. Boris war verloren.

Sie befanden sich aber noch in ziemlicher Entfernung, ein Versuch konnte noch gewagt werden. Wuth und Verzweiflung im Herzen warf er sich mit knirschenden Zähnen den Kugeln der Gendarmen entgegen, in der verzweifelten Hoffnung, alle drei zu tödten, bevor die Polizei den Platz erreichte. Er war aber in allzu großer Hast und

senerte ohne zu zielen, vollständig außer acht lassend, daß er eben so leicht wie einen Gendarmen Boris treffen könnte. Was wäre auch daran gelegen, wenn er ihn getödtet hätte? Immerhin besser, von einem Freunde erschossen, als von dem Henker erdroffelt zu werden! Andrej's vier Schüsse gingen unglückseliger Weise fehl, während eine Kugel der Gendarmen ihn ins Bein traf. Während warf er den abgeschossenen Revolver zu Boden, und ergriff einen zweiten, den er in Reserve hatte.

„Flich! Zum Teufel! Sie werden Dich fassen!“ ertönte Boris' Stimme durch den Qualm, gebieterischer als zuvor.

Die beiden Polizisten hatten sich gegen Andrej gewandt. Einer von ihnen ergriff ihn an den Rockschößen, um ihn vom Pferde zu ziehen. Andrej wandte sich rechts im Sattel herum, und schlug den Mann mit dem schweren Revolver auf den Schädel, daß er zu Boden rollte. Nichts war mehr zu erhoffen; der Tag war verloren. Er gab seinem Pferde die Sporen, ergriff die Zügel, damit sie kein anderer fassen konnte und war, ehe man sich dessen versah, vom Orte der Handlung verschwunden. Einige ihm nachgeschandte Kugeln piffen ihm um die Ohren. Hinter sich hörte er das wilde Geschrei der Gendarmen.

Doch wehe demjenigen, der ihn jetzt aufzuhalten gewagt hätte! Glücklicherweise versuchte das Niemand! Seine Stute, welcher es ebenso darum zu thun war, den unangenehmen Ort möglichst weit hinter sich zu lassen, trug ihn mit einer Eile, welche ihrer Tüchtigkeit Ehre machte. In einer halben Minute war er am Ausgange der Allee, und das offene Feld vor ihm. Aber nicht diesen Weg entschloß er sich, einzuschlagen. Sich zur Linken wendend, ritt er in das Labyrinth kleiner Gäßchen des alten Arbeiterviertels. Er

ließ in seiner Eile nach, begann im Trabe zu reiten und wandte sich bald rechts, bald links, um seine Verfolger zu verwirren, wenn sie nach der Richtung, welche er einschlug, fragten. Endlich wählte er eine schmale, dunkle Durchfahrt, in welcher nur zwei Kinder zu sehen waren und kam auf eine offene Landstraße. Hier trieb er sein Pferd nochmals zu voller Eile an und flog gleich einem Pfeil über den ebenen, ungepflasterten Boden.

Am südlichen Thore sah er einen dienstthuenden Polizisten, welcher ihn beim Vorbereiten anblickte. Andrej wandte sich der Straße zu, welche in die Stadt führte, denn er wußte, daß der Polizist dies, wenn befragt, berichten würde.

In einiger Entfernung wandte er sich wieder nach rechts und tauchte dann wieder auf dem offenen Platz auf, um seinen früheren Weg wieder weiter zu verfolgen.

Als er die Holzkrenze auf dem alten Kirchhof sah, hielt er sein Pferd an. Das war das vorläufige Endziel seines wilden Rittes. Er hatte es nicht nöthig, vorläufig weiter zu fliehen, er war jetzt auf dem entgegengesetzten Ende der Stadt, drei Meilen von dem Orte des Gefechtes entfernt. Die Polizei hätte wenigstens zwei Stunden nöthig, um seiner Spur zu folgen. Er war wirklich außer Gefahr, aber Zeit war nicht zu verlieren.

Er blickte umher, sich zu vergewissern, daß ihn niemand sah, stieg dann ab, und sein Pferd hinter sich herführend, gelangte er zu dem tiefen Graben des alten Kirchhofes.

Hier dachte er zum ersten Male an seine Wunde. Es war nur eine Schramme, welche ihn in seinen Bewegungen nicht hinderte. Das Bluten mußte aber gestillt werden, sonst konnte es seinen Verfolgern als Fährte dienen. Er improvisirte einen Verband, dann band er einen kleinen Sack los, welcher hinten am Sattel befestigt

geosie, welche 1871 die Kommune hinschlachtete, in dem Schlamm des Panamismus, und das Proletariat allein kann die versinkende Republik retten. In England sind die kapitalistischen Parteien abhängig von der Arbeiterpartei, in deren Händen die Entscheidung liegt. Und in den Vereinigten Staaten von Nordamerika hat der Kapitalismus derart gehaust, daß die Volksmassen bei der letzten Präsidentswahl das Einlenken in andere Bahnen gebieterisch befehlen.

Der 18. März 1848 sah noch kein Klassenbewußtes Proletariat.

Der 18. März 1871 sah noch kein regierungsfähiges Proletariat.

Der 18. März 1898 sieht ein Proletariat, das an der Regierung der Welt sich schon wichtig betheiligt, und dem sie, unter dem unwiderstehlichen Druck der Verhältnisse, in nicht ferner Zeit ganz zufallen wird.

Den Tag des Sieges zu beschleunigen, indem jeder von uns in dem heiligen Krieg seinen ganzen Können, seine ganze Person einsetzt, das sei unser Gelübde an dem heutigen Tag!

Politische Ueberblick.

Berlin, den 17. März.

Aus dem Reichstag. Die Verhandlungen über die Abänderung des Unterstützungswohnsitz-Gesetzes brachte heute zunächst eine Rede des Freisinnigen Dr. Baumbach, welcher an der Hand der Ergebnisse der vom Verein für Sozialpolitik veranstalteten Enquete sich speziell mit den Lohn- und Lebensbedingungen der ländlichen Arbeiter beschäftigte. Den Zug der Arbeiter nach den Städten, bezeichnete der Redner als den Zug nach der Kultur. In längeren Ausführungen erging sich dann der Staatssekretär v. Bötticher über die Wirkungen der neueren Versicherungsgeetze auf die Armenpflege. Eine beiläufige Bemerkung des Abg. Stolte, daß in Sachen von einer Einwirkung der sozialen Versicherungs-Gesetzgebung auf die Armenpflege noch nichts zu merken sei, benutzte der Minister, um in einer längeren Darlegung zu beweisen, daß diese Wirkungen sich allerdings schon in sehr bedeutendem Maße fühlbar machten. Diese Mittheilung ist insofern von Interesse, als damit bestätigt wird, was von unserer, der sozialdemokratischen Seite, stets behauptet wurde, nämlich, daß das positive Ergebnis der vielgerühmten Versicherungs-Gesetzgebung eine Verschiebung der Armenlasten von den Schultern der wohlhabenderen Klassen auf die Arbeiter sein wird. Seinezeit wurde diese Behauptung als eine „sozialdemokratische Verdrehung“ hingestellt und mit allem Pathos zurückgewiesen. Jetzt aber muß der Herr Minister dieses Faktum selbst konstatieren.

Im Verlaufe der Debatten nahmen unsere Genossen Mollenhuth, Stolte und Dreesbach wiederholt Gelegenheit, den prinzipiellen Standpunkt der Partei zur Frage der Armenpflege und des sogenannten Unterstützungs-Wohnsitzes vorzutragen. Die Vorlage wurde schließlich an eine Kommission von 21 Mitgliedern verwiesen. Die Gesetzentwürfe, betreffend die Abänderung der Maß- und Gewichtsordnung und betreffend die Begründung der Revision in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten, wurden in dritter Lesung ohne Debatte angenommen.

Die Militärvorlage ist todt — es lebe die Militärvorlage! So kennzeichnet sich die Situation nach der heutigen Abstimmung in der Militärkommission. Das Nein! der Abstimmung war das erlösende Wort für die ehelichen Mütter. Der Rauber ist gedrohen, welcher der Regierung den Mund schloß, und wenn sie auch noch nicht offiziell ihre Bedingungen gesagt hat, ja im Gegentheil, ganz unachgiebig sich äußert, so sind doch die bisher einseitig betriebenen Kompromißverhandlungen jetzt in Fluß gekommen. Da schlecht Ding, ebenso wie gut Ding Weile haben will, so muß der Reichstag, der schon am Sonnabend in die Ferien geschickt werden sollte, noch bis Mitte der nächsten Woche zusammen bleiben — als Kulisse und Operationsbasiß für die Kompromißverhandlungen. Die Wähler aber haben für alle Fälle ihr Pulver trocken zu halten! —

war. Dieser enthielt einen langen militärischen Ueberrock, von leichtem grauem Leinenstoff, wie ihn arme, abgedankte Offiziere tragen, und eine militärische Mütze. Andrej steckte seine eigene in die Tasche und legte den neuen Rock an, welcher ihm ein ganz anderes Aussehen gab. Das Pferd mußte als arbeitsfähige Trophäe der Polizei überlassen werden. In seiner Eigenschaft als unverantwortliches Geschöpf lief es keine Gefahr, wegen seiner Teilnahme an einem politischen Verbrechen schlecht behandelt zu werden. Als Andrej das Pferd abfütterte, und abjunkte, durchfuhr ihn der Gedanke, das Pferd mit einem brieflichen Gesuche um gute Behandlung zu versehen. Er war aber nicht in der Stimmung, zu scherzen. Jetzt, wo die Erregung der persönlichen Gefahr vorüber war, kam ihm die Ergebnislosigkeit so großer Anstrengungen so recht zum Bewußtsein.

„Welche Enttäuschung! welch' schrecklicher Schlag für Sina!“ wiederholte er sich bitter.

Er verließ den Kirchhof, betrat schweren und traurigen Herzens die Stadt und lenkte seine Schritte dem Zufluchtsort zu, den ihm Wassilij vorbereitet hatte.

Kapitel VI.

Wassilij in der Klemme.

Der neue Zufluchtsort, an den sich Wassilij begab, lag im Zentrum der Stadt. Vor fast 14 Tagen hatte Wassilij ein Zimmer gemiethet. Es war nöthig, daß die Wirthin, wenn sie über ihren Miether befragt wurde, die Auskunft ertheilte, daß Onesin Pawlul — Wassilij's neuer Name — dort viele Tage vor dem Vorgange in der Linden-Allee gewohnt hätte. Die Wahrheit zu gestehen, hatte Wassilij auch einen persönlichen Grund, sich vorher einen neuen Wohnort zu sichern, er wollte einen Ort haben, an dem er seine bewegliche Habe aufbewahren konnte. Da sie das Wirthshaus gleich nach der That verlassen mußten, war alles verloren, wofür er nicht in dieser Weise vorbeugte. Diese persönlichen Beweggründe hielt Wassilij aber geheim, um seinen verschwenderischen Kameraden nicht wieder einen Vorwand zu geben, ihn auszuweichen.

(Fortsetzung folgt.)

Da der Bericht der Militärkommission erst nach den Osterferien fertiggestellt wird, so kann die zweite Lesung der Militärvorlage nicht vor dem 20. oder 21. April im Plenum beginnen. Ist bis dahin kein Kompromiß zu Stande gekommen, so würde die Auflösung gegen Ende April zu erwarten sein.

Mögen die Wähler nur dafür sorgen, daß ihre Abgeordneten während der Ferien nicht umfallen! —

„Beitrag für die Militärvorlage“. Diese Aufschrift befindet sich auf dem Kuponabschnitt von Postanweisungen, welche jetzt mit einem entsprechenden Zirkular versandt werden und welche mit der aufgedruckten Adresse versehen sind:

Herrn Friz Lübecke, Kommerzienrath,
Berlin S.
Mittelstraße 90.

Natürlich handelt es sich um Beiträge zur Agitation für die Militärvorlage und nicht um die Kosten für diese selbst, wie man nach der etwas ungeschickten Aufschrift auf dem Kupon schließen könnte. Herr Lübecke und Genossen wollen nur der Regierung bei der Durchdrückung der Vorlage behilflich sein, vielleicht in der stillen Hoffnung, daß für diese Bemühungen ein Vogel ins Knopfloch gepflogen kommt. Die Kosten der Vorlage aber soll bekanntlich der Plebs in Gestalt der erhöhten Bier- und Brauweinsteuer aufbringen.

Aus der Ferienkolonie. Dem „D. Volksbl.“ wird aus Ulm berichtet: „Feldwebel Schaitenberger der 11. Kompagnie des 6. Infanterie-Regiments Nr. 124 erhielt wegen tödlicher Bedrohung eines Soldaten — ausgeführt mit dem gezückten Säbel — fünf Wochen gestunden Arrest.“ Welche Strafe würde den Soldaten treffen, der gegen seine Peiniger sich zur Wehre setzte? —

Der deutsch-russische Handelsvertrag. Die „Freisinnige Zeitung“ schreibt: „Daß der Handelsvertrag auch schon formell geschleiert sei, hatten wir gar nicht behauptet. Es wäre aber ein Wunder, wenn der Vertrag noch zu Stande käme, nachdem das preussische Staatsministerium, und zwar in Folge von Inspirationen des Finanzministers Miquel, nicht weniger als 30 Forderungen an Rußland als Bedingung für das Zustandekommen des Handelsvertrages aufgestellt hat. Seit den Zeiten des seligen Stahl hat es keinen Politiker mehr gegeben, zu welchem die Agrarier mit so aufrichtiger Bewunderung emporschauen, wie dies jetzt bei denselben gegenüber dem Finanzminister Miquel der Fall ist.“ Die Junker haben auch gute Gründe, dem Herrn Miquel, dessen Steuer-Reform für sie gar günstig ist und der ihnen ein Geschenk nach dem anderen in die Taschen steckt, Liebe entgegenzubringen. Was verschlägt es dem wandlungsfähigen Staats-Säckelmeister, daß seine früheren Parteigenossen, die machtlosen Rationaliberalen, denen er bei der Wahl „Reform“ einige großbürgerliche Sonderwünsche abgeschlagen hat, auf kurze Zeit mit ihm schmollen? Winter und behende, schlau und leise huscht Herr Miquel, die weiße Maus der preussisch-deutschen Regierung, durch alle Jahnriffe hindurch und hält sich oben, mögen die über den drohenden Einzug einer Zentrumsmehrheit in die rheinischen Stadtregermenter entsetzten Männen der „Kölnischen Zeitung“ noch so polternd rufen: „Hinweg mit ihm!“ —

„Beiwiese.“ Der „Frankfurter Zeitung“ wird aus Weisbaden geschrieben: Beiwiese! wurde von der Rechten in der Reichstags-Sitzung am 8. März dem Abgeordneten Bebel zugerufen, als er mittheilte, daß Staatsverwaltungen von Unternehmern die schriftliche Verpflichtung zur Ausschließung und Entlassung sozialdemokratischer Arbeiter forderten. Die Herren sollten im eigenen Interesse sich bei Zwischenrufen etwas größerer Vorsicht befleißigen. Von dem vom Abgeordneten Bebel erwähnten Verfahren wurde bis in die zweite Hälfte der achtziger Jahre weitgehend Gebrauch gemacht. Wir verweisen auf den § 9 der „speziellen Kontrakt-Bedingungen“ der allgemeinen Bauverwaltung, die wahrscheinlich in den entsprechenden Jahrgängen des „Reichs-Anzeigers“ nachzulesen sein werden. Dieser Paragraph beschränkte die Unternehmer von fiskalischen Bauten, ja sogar die Lieferanten aller möglichen Baustoffe, wo immer sie auch anfällig waren, in der Auswahl ihrer Arbeiter durch die Bestimmung, daß sie Arbeiter, die sich an sozialdemokratischen Vereinen betheiligten oder sozialdemokratische Bestrebungen förderten, bei fiskalischen Arbeiten nicht verwenden durften. Die Kenntniß der besonderen Erfahrungen, die schon einige Jahre vor dem Ablauf des Sozialistengesetzes zur Beseitigung dieses Paragraphen führten, wäre gewiß interessant. Denn daß diese aus Billigkeitsrücksichten gegen die Mitkontrahenten oder deren Arbeiter erfolgt sei, ist kaum anzunehmen. Vermuthlich dürfte sich für die Bauverwaltung nicht nur die Schädlichkeit, sondern auch die rechtliche Wirkungslosigkeit des Paragraphen herausgestellt haben. Daß die Militärverwaltung bei jenem Verfahren verharret — und zwar zu ihrem eigenen Schaden — hat sich ja auch vor einigen Monaten bei dem Hlwardt-Prozess ergeben. —

Unterm landinischen Joch. Der anhaltische Staatsminister von Roserich hat Abbitte geleistet für seine Kritik der Reichsregierung. Er veröffentlicht im „Anhaltischen Staats-Anzeiger“ eine Erklärung, daß es ihm fern gelegen habe, mit seinen Worten irgend eine Kritik der Maßnahmen der Reichsregierung üben zu wollen, und daß die Staatsregierung sowohl der Errichtung der Handelsverträge als der Militärvorlage im Bundesrathe zugestimmt hat, mithin auf dem Boden derselben steht. — Minister v. Roserich in Dessau ist bekanntlich bis vor kurzem Polizeipräsident in Potsdam und konservatives Mitglied des Abgeordnetenhauses gewesen. In dieser doppelten Eigenschaft lernte er den Werth des Wortes schätzen:

„Nuth' hieret auch den Wammetack,
Gehorham ist des Junkers Schmutz.“ —

Fusangel. Im Reichstags-Wahlkreise Olpe-Meschede geht es drunter und drüber. Wie wir einem Privatbrief entnehmen, scheint die offizielle Zentrums-Verwaltung, deren Spiel sehr schlecht steht, es darauf anzulegen, durch eine Zersplitterung der Stimmen eine Stichwahl herbeizuführen. Jedensfalls giebt es außer dem offiziellen Kandidaten Böse noch verschiedene katholische Bewerber. So laubidiren ein Pfarrer Wolter in Freimühl, so Frhr. von Fürstenberg, Herdringen u. A. m. Fusangel's

Aussichten sind, trotzdem die Fraktion mit Dampf gegen ihn arbeitet, sehr günstig. —

Auch ein Grund. In der „Kreuz-Zeitung“ liest man: „Wenn die Freisinnigen der Dreiklassenwahl den Vorwurf machen, daß sie die Sozialdemokratie, also eine Partei, welche nach Ausweis der Ergebnisse der Reichstagswahlen 1 1/2 Millionen Wähler hinter sich hat, von der Vertretung im Abgeordnetenhaus ausschließt, so bekennen wir offen, daß wir einen völligen Ausschluß einer großen Partei aus der Volksvertretung nicht wünschen. Im Gegentheil, wir würden es beklagen, wenn der Sozialdemokratie die Möglichkeit abgegriffen würde, in den Parlamenten ihre Forderungen geltend zu machen. Aber sie kann ja im Reichstage bereits zu Worte kommen, und sie hat dies Recht, wie uns dünkt, in ausgedehntem Maße benützt. Kein verständiger Mensch kann sagen, daß bei uns in Deutschland die Sozialdemokratie mundtot gemacht ist.“ Will das Junkerblatt uns darüber aufklären, warum die profitgierigen Agenten des Großgrundbesitzes ihre Raubrittergelle nicht bloß im Reichstage, sondern auch in den Landtagen, Provinzial-, Kreis-, Gemeindevertretungen beschleichen? Die Arbeiterklasse will eben nicht bloß in deutschen, sie will auch in preussischen u. Angelegenheiten ein Wortlein mitreden. Und die Stunde des allgemeinen Stimmrechts auch für die Landrathskammern wird einst schlagen, vielleicht früher als die Pedenreiter Ostaliens in ihrer Brotvertheurerweisheit sich träumen lassen. —

Feine Witterung. Ein Häuptling der Konservativen, Graf Mirbach-Sorquitten, veröffentlicht eine vom 15. März datirte Erklärung über seine Stellung zum Antisemitismus, worin es heißt: „Wir (W. und seine näheren Freunde) fürchten, daß jede schärfere antisemitische Bewegung, an der sich die Besitzlosen doch auch recht stark betheiligen, nicht bloß die Besitzenden, sich sehr leicht gegen jeglichen Besitz richten wird, und daß zahlreiche Antisemiten schließlich nur eine besondere Spezies von Sozialdemokraten werden. Die Zukunft wird zu lehren, ob es den antisemitischen Parteien gelingen wird, das zu vermeiden.“ So lange der Antisemitismus den Zuhälter der Rechten spielt, ist er willkommen. Nun er den Junkern selbst in die Gehege einbricht, werden sie von schlotternder Furcht ergriffen und merken von Tag zu Tag deutlicher, daß die Grundursache des Antisemitismus eine soziale ist, daß der wirtschaftliche Zerfall der Kleinbürger, der Kleinbauern, der Kleinfürsten, der Handwerker diese Schichten zur Empörung wider die ökonomischen Zustände treibt, die den Zerfall verursachen. Und da dem Kleinbürgertum vorläufig noch die tiefere Einsicht in die gesellschaftlichen Zusammenhänge größtentheils mangelt, verwechseln sie den Theil Geldjudenthum mit dem Ganzen Kapitalismus. Thut nichts, dies antisemitische Fegfeuer lüftet sie zur Erkenntniß der Dinge, und über kurz oder lang ist ihnen der Stöcker-Böckel'sche Staar gestochen. Darum wartet der Mirbach mit gutem Grunde den Geldsack aller Bekenntnisse. —

Seminaristen als Treiber. Es wird immer lustiger. Soldaten, Schulkinder, Schulmeister müssen den Großgrundbesitzern als Treiber dienen. Bei einer von dem bekannten Amtsrath Diez-Barby kurz vor Weihnachten veranstalteten Treibjagd sollen, wie die „Volks-Zeitung“ erfährt, ca. 100 Seminaristen des Seminars in Barby als Treiber verwendet worden sein. Auf Anfrage des Vorsitzenden eines benachbarten Lehrervereins an den Seminar-Direktor Voigt, ob dieser Gerücht begründet sei, hat derselbe es abgelehnt, über Vorgänge, welche das von ihm geleitete Seminar betreffen, „mit einem ihm völlig unbekanntem Herrn in Erörterung einzutreten“, und es dem Fragesteller anheimgestellt, sich an die vorgesetzte Behörde, das königliche Provinzial-Schulkollegium in Magdeburg, zu wenden. So bringt die Agrariersippchaft den künftigen Jugendbildnern die nöthige Demuth bei im Kampfe „für Gott, für König und Vaterland“. —

Bürgerliche Prinzipientreue. Daß der Deutsch-Freisinn in seinem Kampfe gegen die Antisemiten vor dem schäbigsten Mittel, der Angeberei, nicht zurückschreckt, alles zur höheren Ehre des Geldjudenthums, wissen unsere Leser bereits. In Schlesien haben diese Musterliberalen sogar in einer Versammlung des Polizeikommissars einen formalen Verstoß gegen das Vereinsgesetz denunziert, um den verhassten Gegner zu schädigen. Nun liest man in der „Frankfurter Zeitung“ (Nr. 75, 2. Morgenblatt vom 16. März): „Seit kurzer Zeit scheint die sächsische Regierung gegen den Antisemitismus mehr als früher ein prophylaktisches Verfahren einzuschlagen. Seit der „sanfte Antisemitismus“ der Herren v. Friesen und Mehnert in die schärfere Tonart der Hlwardt'schen Schule mit ihren bekannten Eigentümlichkeiten umgeschlagen ist, scheint man eine aufmerksame Beobachtung der antisemitischen Hege für notwendig zu halten. Aufstellungen antisemitischer Versammlungen kamen bis vor einiger Zeit unseres Wissens in Sachsen überhaupt nicht vor; seit kurzem hat sich jedoch die Sache geändert. Mehrfach sind in letzter Zeit antisemitische Versammlungen in Sachsen dem Schicksal der Auflösung verfallen. Bisher schien der sächsische Antisemitismus zu glauben, daß er sich ungestraft auch die ärgsten Ausfälle erlauben dürfe.“ Mit wohlwollendem Schmunzeln wird das „prophylaktische (vorbeugende) Verfahren“ der sächsischen Regierung, d. h. die Unterdrückung der Vereine, und Versammlungsfreiheit in einem Blatte berichtet, das als leitendes Organ der Volkspartei gilt. Der „Börsen-demokratie“, deren Taktik und Grundzüge den Antisemitismus großziehen helfen, ist die schlotternde Angst vor den Widersachern so ins Gebirn gefahren, daß sie in dankbarer Anerkennung des Schutzes vor den ärgsten Ausfällen, die nun nicht mehr „ungestraft“ bleiben, der „Prophylaxis“ der sächsischen Reaktion Weisfall klatscht. —

Von den nothleidenden Landwirthen. Wie schlecht es den Junkern geht, erfieht man aus dem nachstehenden, im Angegentheil der „Kölnischen Volkszeitung“ (Nr. 152 vom 16. März) veröffentlichten Besuch: „Ein katholischer Edelmann sucht Erbtöthelungs halber 20 000 Thaler anzunehmen, um auf einem großen Besitz im Osten Niederden gleich ganz auszulassen zu können, was Bedingung der Uebernahme ist, und das Gut sonst nicht in katholische Hände kommt. Das Gut hat 2500 P. Morgen und ist der Schätzungswert zur Theilung 400 000 Mark. Erste landwirtschaftliche Hypothek 267 000 Mark, sonst keine Schulden. Jahres-Durchschnitts-Ertrag 49—50 000 Mark. Das Gut

würde nach Uebereinkunft eingetragen und außerdem für das- selbe gutgefragt werden. Fr.-Offerten zu direkten Verhand- lungen unter L. B. 989 an die Geschäftsstelle der Köln. Volks- zeitung" erbeten."

Das Gut, das einen Schätzungswert von 400 000 M. hat, wird einen jährlichen Reinertrag von fünfzigtausend Mark ab. In der That, ein Besitzer muß, alle Aus- lagen u. s. w. abgerechnet, bei solch einem Einkommen 51 Wochen Schmalhans als Küchenmeister haben, auf daß er in der 52. Woche in Berlin Sekt und Kustern schlamp- pamp.

Schweiz. Der Schweizer Ständerath beschloß am 15. d. Mts. die Revision der Bundesverfassung, um der Eidgenossenschaft die Vollmacht zur Ge- setzgebung auf dem Gebiete des Gewerbe- wesens zu übertragen. —

Frankreich. Den Pariser Blättern und auch brief- lichen Mitteilungen nach zu urtheilen, drängt die öffent- liche Meinung mehr und mehr auf eine Beschleunigung der Neuwahlen. Die republikanischen Parteien, die trotz aller Streitigkeiten unter sich doch keine Lust haben, den Feinden der Republik in die Hände zu arbeiten, sind sämtlich zur Einsicht gekommen, daß feste Zustände mit dieser alten Kammer nicht zu erreichen sind, und daß es im Interesse der Republik liegt, die Neuwahlen möglichst rasch vorzu- nehmen.

Unter solchen Umständen hat die Nachricht Manches für sich, daß die Regierung sich entschlossen habe, sobald die parlamentarischen Geschäfte es erlauben, die Kammer aufzulösen und die Neuwahlen anzuordnen.

Unsere Genossen sind bereits in den Wahlfeldzug ein- getreten und entfalten im ganzen Land eine große agita- torische Thätigkeit.

Der 18. März wird überall in Frankreich von den Arbeitern gefeiert werden. Ueber die Feier des 1. Mai be- rathen die verschiedenen Gewerkschaften und sozialistischen Gruppen, um die Einheitlichkeit der Feier zu erzielen. —

Panama. Das italienische Blatt „Napoli“ (Neapel) veröffentlicht das Facsimile eines italienischen Ministers o. D., in welchem derselbe an Tanlongo, den früheren Chef der „banca romana“ (Römische Bank), das Ersuchen richtet, ihm zu den 156 000 Lire, welche er der „banca romana“ schuldet, noch 50 000 Lire hinzuzubringen und zwar 30 000 sogleich und 20 000 später. Dieser Brief war auf einem mit dem Staatswappen gezierten Papier geschrieben. —

Parlamentarisches.

Letzte Sitzung der Militärkommission. Herr von Hammerstein (Lns.), der sich persönlich gegen eine gestern vom Freiherrn von Suol gegen die „Kreuzzeitung“ gemachte Reuehrung wendet, spricht die Ansicht aus, daß die Situation so weit geklärt sei, um endlich zu Ende zu kommen. Seine Partei sei bereit, die Vorlage voll und ganz zu bewilligen und würde es für eine Bankrotterklärung halten, wenn die An- sichten Oberwasser in Deutschland bekäme, daß das Volk außer- stande sei, das Geordnete zu tragen. (Natürlich, die Herren bewilligen und lassen andere zahlen.) Die Deckung betreffend ist er für die Viertheiler und für eine anderweitige, schärfere Vorsichtener. Herr v. Bennigsen müßte nach seinen gestrigen Erklärungen sich nunmehr auf den Standpunkt zurückziehen, daß, da auf dem Boden der zwei- jährigen Dienstzeit das, was im Interesse der „Sicherheit des Landes“ nötig sei, mit dem von ihm (Bennigsen) Gebotenen nicht durchführbar, die dreijährige Dienstzeit aufrecht erhalten werden müsse.

Nichter will nur mit wenigen Worten auf die vorliegen- den Anträge zurückkommen. Das Angebot Bennigsen's bedeute jetzt 1/4 der Regierungsforderung, was gleichbedeutend sei mit einer jährlichen Mehrausgabe von über 43 Millionen Mark. Für die Freiwililigen sei ein solches Angebot unannehmbar. Die von Herrn v. Bennigsen gezeichneten Positionen würde die Militär- verwaltung später leicht erreichen können; damit betreffe man aber wieder den Boden der festgesetzten Steigerung der Militärausgaben. Redner wundert sich über die Ablehnung des enormen nationalliberalen Angebots durch den Reichskanzler und zieht daraus den Schluß, daß mit dem gegenwärtigen Regiment in bezug auf militärische Fragen einfach nicht zu partiren sei. Es herrsche eben der alte Militärabsolutismus, dem sich die Volks- vertretung bedingungslos unterordnen solle. — Der Antrag Lieber unterscheidet sich von dem Richter'schen durch die Anerkennung des Quinquennats und die mangelhafte Sicher- stellung der zweijährigen Dienstzeit und gehe außerdem, wenn auch nicht wesentlich, über die gegenwärtige Friedenspräsenz hinaus. — Die Behandlung der beiden Anträge durch den Kanzler müsse es jedem verleiden, irgend einen Beschäftigungsantrag zu machen; man erwarte damit oben falsche Hoffnungen und laufe Gefahr, nach unten mißverstanden zu werden.

Der Herr Reichskanzler ist sehr indignirt über den Vorwurf Richter's, daß mit der Regierung nicht zu partiren sei, daß sie absolutistisch vorgehe und den Parlamentarismus mißachte. Die Militärverwaltung habe in den Sitzungen der Kommission ihre Schuldigkeit gethan, keine ihrer militärischen Nachweisungen sei widerlegt worden, und er müsse daher mit aller Entschieden- heit die erhobenen Vorwürfe zurückweisen. Hätten wir in Deutsch- land einen durchgebildeten Parlamentarismus, wie ihn Herr Richter will, so wäre die nothwendige Folge der gegenwärtigen Situation der Rücktritt der Regierung und ihre Ersetzung durch die Opposition. Er wäre neugierig, wie dann Herr Richter die Aufgaben der Heeresverwaltung regeln wolle.

Herr v. Reudell (reikons.) sagte auch etwas.

Herr v. d. Schulenburg verbreitet sich noch einmal über die „Nothwendigkeit“ der Vorlage. Finanzdirektor A schen- born behauptet, wie dies kürzlich schon Dr. Suhl gethan, bei der Deckungsfrage handle es sich gar nicht um eine Mehr- beaufschlagung des Volkes, sondern bloß um eine Wieder- herstellung der durch die Gesetzgebung der letzten Jahre verloren gegangenen Finanzquellen der Regierung; durch die Verringerung der Zuckerversteuerung und die Herabsetzung der Ge- treibezölle hätten sich die Einnahmen des Reiches um circa 43 Millionen jährlich verringert; lediglich dieser Verlust sei auf andere Weise wieder auszugleichen, eine Mehr- beaufschlagung sei das nicht! Außerdem steigerten sich ja infolge der Bevölkerungsvermehrung ununterbrochen die Einnahmen aus den indirekten Steuern, so daß aus finan- zialen Gründen eine Ablehnung der Vorlage ihm nicht nötig erscheine.

Herr v. Bennigsen giebt trotz der positiven Erklärungen des Reichskanzlers die „Hoffnung“ noch nicht auf, daß im Plenum doch noch irgend eine „Verständigung“ zu erzielen sei, und wenn nicht in diesem Reichstage, so doch in dem näch- sten zu wählenden, dessen Zusammentritt nicht lange auf sich warten lassen werde. — Gegen den Major Wach's polemischend, konstatiert Herr v. Bennigsen, daß der in den letzten beiden Jahren auffallend starke Zugang zur Unteroffiziers-Karriere lediglich eine Folge des sehr schlechten Geschäfts-

gangs in den kaufmännischen und industriellen Branchen gewesen sei. Uebrigens zeige sich jetzt aber eine Wendung zum Besseren in geschäftlicher Beziehung, infolge dessen werde der Zugang an Unteroffizieren wieder nachlassen, und die Militär- verwaltung werde den durch die Heeresvermehrung nöthigen Mehrbedarf nicht decken können. In längerer Rede verteidigt er sodann noch einmal seinen gestern schon von uns mitgetheilten Antrag. Dem Zentrum und den Freiwillichen gegenüber fährt er an, daß es in beiden Parteien manche Parteien gebe, welche „aus patriotischen und sonstigen Gründen“ gerne einem Kon- flikte aus dem Wege gehen und sich mit der Regierung ver- ständigen möchten, wenn sie nur die Gewißheit hätten, bei der Regierung Gegenliebe zu finden. Diese Leute würden sich, dies legt er der Regierung nahe, nach erfolgter Auf- lösung und Neuwahl nur schwer entschließen, noch so weit zu gehen, als sie jetzt vielleicht bereit wären. Sei das, was der Reichskanzler gestern gesprochen, das letzte Wort der Regierung, so sei für diesen Reichstag das Schicksal der Vorlage besiegelt. Er bedauert das Fehlen eines verantwortlichen Finanz- amts im Reich und verbreitet sich über die Finanzverhältnisse in den einzelnen Bundesstaaten, die man nicht außer Acht lassen dürfe und die insbesondere in Preußen nichts weniger als glänzend seien. Dem Reichskanzler dürfe man es, rein menschlich, nicht übel nehmen, wenn er so stark an der Vorlage festhalte, da das ganze Projekt wesentlich sein Verdienst sei. Redner schließt mit einem noch- maligen Appell an die Regierung, sich die Aufhebung des Reichstags doch ja noch recht sorgfältig zu überlegen, da die Wahlbewegung „ein wüstes Bild von Verwirrungen und ganz neuen, bisher ungekannten demagogischen Agitationen“ bieten und der Regierung keine Sicherheit, einen „besseren“ Reichstag zu bekommen, gewähren würde. Den Konserativen warf er noch die Liebenswürdigkeit an den Kopf: deren Reizung, der Vorlage zugestimmen, die sie früher als eine kolossale Verschlechterung der Armees bezeichneten, scheint gewachsen zu sein in dem Maße, als sich in der Kommission die Aussichten auf Annahme verschlechtert haben.

Der Reichskanzler erwidert, die fortgesetzten Er- mahnungen, doch den Kostenpunkt mehr ins Auge zu fassen, fingen allgemach an, fast verkehrt zu wirken. Die Regierung habe diese Frage genau erwogen und sei eben zu der Ueberzeugung gekommen, daß die Mehrausgaben zu ersparungen seien, ohne die Volkskraft zu schädigen. Er nehme jede Verantwortung bereit- willig auf sich. Die Vaterschaft der Vorlage könne er nur zum Theil ablehnen, daher müsse er auch die ihm imputirte Verleumdung ablehnen; nur die Durchführung der zweijährigen Dienstzeit sei sein spezielles Verdienst. Seine soldatischen Reizungen seien bei ihm für das Festhalten an der Vorlage nicht maßgebend, sondern nur das Wohl des Vaterlandes.

Nichter wendet sich gegen die „wunderbaren“ Berechnungen des Finanzdirektors A schenborn und gegen die Replik des Reichskanzlers. Die Mittel, mit denen letzterer zur Zeit außer dem Hause das Parlament belästigen lasse, seien ab- solut unkonstitutionell. — Wenn ein wirklicher Parlamentarismus in Deutschland bestände, wäre es unmöglich gewesen, entgegen dem ausgesprochenen Volkswillen eine Vorlage, wie die gegen- wärtige ist, überhaupt nur einzubringen und sie nach monate- langen Hinziehen mit allerlei Autoritätsmitteln u. d. d. h. zu wollen.

Dr. Lieber erklärt gegenüber v. Bennigsen, daß im Zentrum allerdings kein Mitglied sei, welches nicht zu einer Ver- ständigung geneigt wäre, daß er aber — und dazu hätten ihn lebende seine Freunde wiederum ausdrücklich bevollmächtigt — kein Mitglied seiner Fraktion kenne, welches beabsichtige, im Reichswasser des Bennigsen'schen Vorschlages in den Tagen der Verständigung einzulassen.

Damit ist die Generaldiskussion geschlossen. Zur Spezial- diskussion meldet sich Niemand zum Wort. Bei der Ab- stimmung über den § 1 werden alle Anträge einschließlich der Regierungsvorlage abgelehnt. Für die Anträge stimmen nur je die Parteigenossen der betreffenden Antragsteller, für die Regierungsvorlage nur die Konserativen, für den Antrag Bennigsen außer den Nationalliberalen auch die Forten.

Mit der Ablehnung des § 1 ist die ganze Vorlage ge- fallen und die Thätigkeit der Kommission erledigt. Zum Berichterstatter wird Herr Gröber (Zentrum) gewählt.

Parteinachrichten.

Bei den Gewerbegerichts-Wahlen in Heidelberg siegte die sozialdemokratische Liste mit 368 Stimmen. Die Gegner brachten es nur auf 187 Stimmen.

Ueber den Lebenslauf des kürzlich in Hermannstadt (Sieben- bürgen) verstorbenen Dr. Friedrich Kraffer theilt die Wiener „Arbeiterzeitung“ das folgende mit: Friedrich Kraffer wurde am 28. April 1818 in Mühlbach geboren. Kraffer's Vater war ursprünglich Weibhändler, da aber dieses Gewerbe in dem kleinen Städtchen nicht recht lohnend war, gab er es auf und betrieb eine kleine Oekonomie. Den ersten Unterricht genoß Kraffer in seiner Geburtsstadt, in Hermannstadt absolvierte er die höheren Mittelschulklassen, von dort ging er nach Wien, um Medizin zu studieren. Nach Erlangung des Doktor- grades begab sich Kraffer zur Erweiterung seiner Fach- kenntnisse und Lebenserfahrungen nach Paris. Der längere Aufenthalt in Paris war für Kraffer von großer Bedeutung; er wurde vertraut mit den Freiheitsbestrebungen des französischen Proletariats und hatte Gelegenheit, die Theorien der verschiedenen sozialistischen Schulen, mit deren Lehren er sich schon während seiner Universitätsstudien beschäftigt hatte, eingehend kennen zu lernen. Im Jahre 1843 kehrte Kraffer in seine Heimath zurück, wo er sich als praktischer Arzt niederließ. In Beginn des Jahres 1848 übersiedelte Kraffer nach Hermannstadt, von wo er im Jahre 1850 abermals nach Siebenbürgen zurückkehrte und sich in Hermannstadt niederließ, wo er bis an sein Lebensende lebte. Als die Allgemeine Arbeiter-Krankenkasse im Jahre 1869 in Hermannstadt eine Filiale gründete und Kraffer von dieser als Arzt berufen wurde, kam er in Berührung mit sozialistischen Ar- beitern, und infolge der durch diese erhaltenen Anregungen wendete er sich mit verdoppeltem Eifer wieder dem Studium der Arbeiterbewegung zu. Ein großer Mann der Parteiblätter wurde zu jener Zeit der religiösen Frage eingeräumt, und der Kampf gegen Pfaffensthum und Alerheit wurde mit aller Energie geführt. Dieser Kampf schlug bei Kraffer verwandte Saiten an. Er ver- suchte eine ganze Reihe von Streitgedichten gegen die Kirchen- dogmatik; von diesen Gedichten sind insbesondere der „Anti- Syllabus“, das „Ceterum censeo“ und die „Marcellais des Christenthums“ am meisten bekannt geworden. Besonders in der „Marcellais des Christenthums“ kommt der sozialistische Stand- punkt und Gedankengang Kraffer's klar zum Ausdruck. Der „Anti-Syllabus“ wurde auch in die ungarische Sprache über- tragen und in vielen Tausenden von Exemplaren verbreitet. So lange es eine Arbeiterbewegung giebt, wird der Name Friedrich Kraffer nicht vergessen werden.

Soziale Ueberlicht.

An die Arbeiterschaft Berlins!
Der Festtag des Proletariats, der 1. Mai, naht wieder heran und mahnt an die Vorbereitungen zu einer dem Tage ent- sprechenden Feier.
Der letzte Parteitag der Sozialdemokratie beschloß, mit Rück-

sicht auf die zur Zeit herrschende wirtschaftliche Mißere, von einer Proklamirung der allgemeinen Arbeitstube für den 1. Mai 1893 abzusehen und daher die Feier am Abend des 1. Mai abzuhalten.

Eine Vorbesprechung mit bekannten Personen der gewer- schaftlichen und politischen Arbeiterbewegung ergab, daß auch in diesem Jahre die Maifeier wiederum dementsprechend von der politischen Partei in allen Wahlkreisen veranstaltet wird.

Die Arrangements hierzu, deren Bekanntgabe später erfolgt, trifft jeder Kreis für sich; jedoch ist der einheitliche Preis der Billets von 30 Pf. mit Gratisbeigabe der Mat-Zeitung als Norm in allen Kreisen festgesetzt.

Die Theilnehmer der Vorbesprechung setzten als selbstver- ständlich voraus, daß die auf dem Boden der Massenbewegung stehenden Gewerkschaften sich der Feier der politischen Partei an- schließen.

Es darf wohl angenommen werden, daß diese Vorschläge überall von der Arbeiterschaft gebilligt werden, um so der Feier einen einheitlichen Charakter zu geben.

Die Vertrauenspersonen.

Achtung, Filzschuh-Arbeiter!

Der Streik bei Landsberger, Wärmestraße 22, dauert unver- ändert fort. Die Kollegen sind zum Ausharren fest entschlossen und erwarten um rege Unterstützung, sowie um strenge Fern- haltung des Zugangs. Bisher hat sich noch kein Streikbrecher gefunden. Am Montag findet in dieser Angelegenheit eine Ver- sammlung statt. Die Kommission.

Achtung Schneider und Schneiderinnen!

Am Montag, den 20. März, Abends 8 1/2 Uhr, finden wiederum in vier Stadttheilen Berlins große öffentliche Versammlungen statt behufs weiterer Stellungnahme zu unserer Lohnbewegung. Nachdem die Konferenz mit den Arbeitgeberern ziemlich ergebnislos verlaufen ist, werden wir zu dem äußersten Mittel, den Streik, gezwungen werden. Wir fordern daher alle Kollegen auf, in diesen Versammlungen, die in den gleichen Lokalen tagen, wo die letzten Versammlungen stattfanden, zu erscheinen und über ihre Interessen mitzubestimmen. Zur weiteren Berichterstattung über den Stand der Lohnbewegung findet dann am Mittwoch, den 22. März, Vormittags 9 1/2 Uhr, im „Fren-Palast“, Burg- und Wollgassestraße- Ecke, eine große öffentliche Versammlung statt. Gleichfalls tagt am Dienstag, Abends 8 1/2 Uhr, in Marten's Lokal, Friedrichstr. 236, eine Versammlung der in der Schneiderei beschäftigten Frauen. Frau Emma J h r e r reservirt über das Thema: Welches Interesse haben die Frauen an der Lohnbewegung in der Schneiderei? Die Frauen der Haus- arbeiter, welche den Druck namentlich fällen, werden besonders aufgefordert, zahlreich zu erscheinen. Dann geben wir noch be- kannt, daß am Sonnabend, Abends von 8 Uhr an, bei Freygang, Schützenstr. 18/19, wieder ein Flugblatt zur Ausgabe ge- langt. Wir fordern die Kollegen und Kolleginnen auf, sich zahl- reich an der Verbreitung zu betheiligen.

Die Agitations-Kommission
der Schneider und Schneiderinnen Berlins.

An sämtliche Bauarbeiter und Berufsgenossen Deutschlands.

Kollegen! Macht der strenge Winter auch allmählig einer milderen Bitterung Platz, so bleibt doch das Elend und die Noth, die den Arbeiter drückt, dieselbe. Namentlich im Bau- gewerbe ist wenig Hoffnung vorhanden, daß die monatelange Arbeitslosigkeit einer kurzen Prosperität Platz machen werde. Auch in diesem Frühjahr werden tausende und aber tausende Arbeiter Tag für Tag vergebens Arbeit suchen gehen und trotz der vorhandenen „Saison“ tiefer noch als bisher ins Elend hinabstürzen. Ja, selbst wer so glücklich ist, während der kurzen Sommermonate Arbeit zu erhaschen, ist in dieser Zeit nicht im- stande, sich von der Schuldenlast, die ihn drückt, zu befreien, geschweige denn sein Dasein zu einem annähernd erträglichen zu gestalten. Woran liegt dies aber? Doch nur daran, daß die Bau- arbeiter viel zu ungenügend organisiert sind. Durch die Organisations- losigkeit wird es den Unternehmern leider nur zu leicht gemacht, ihre Arbeiter mit den niedrigsten Löhnen abzuspülen. Muß es einem nicht schmerzlich berühren, wenn man Städte, wie Königs- berg, Breslau, Magdeburg und anderer beobachtet, wo tausende von Bauhilfsarbeitern leben, von denen auch nicht einer organi- sirt ist! Kollegen! Seid eingedenk, daß nur eine Organisation, die Euch alle umschließt, im stande ist, Eure traurige Lage zu verbessern, daß nur in der Vereinigung durch Verkürzung der Arbeitszeit, wie durch Erhöhung der Löhne Euer Dasein sich menschenwürdiger als bisher gestalten kann. Organisiert Euch daher! Nur durch einen festen Zusammenhalt erringt Ihr die Macht, Eure Lage zu heben. Veruft also aller Orten öffentliche Versammlungen ein, berathet in denselben über Eure traurige Lage und schließt Euch Mann für Mann Euren schon organisierten Berufskollegen an. Und falls bei Euch in irgend einer Eure Lage und die Organisation berührenden Angelegenheit Unklarheit herrscht, so sind Eure bereits organisierten Kollegen gerne bereit, Euch mit Rath und That zur Seite zu stehen. Alle derartigen Anfragen sind an den Vorsitzenden des Verbandes der Bau- arbeiter und Berufsgenossen Deutschlands, den Kollegen G. Lange, Hamburg, Föhlerweg 19 zu richten. Doch nicht nur an die engeren Kollegen, sondern auch an die Maurer und Zimmerer, welche diese Zeilen zu Gesicht bekommen, appelliren wir. Wir ersuchen dieselben, bei jeder Gelegenheit auf die Hilfsarbeiter dahin einzuwirken, daß sie ihrer Pflicht, sich zu organisiren nachkommen. Ist auch der Boden noch nicht so geerntet, wie es für Alle wohl wünschens- werth wäre, so weiß doch jeder Maurer und Zimmerer, daß er sein eigenes Interesse fördert, wenn er dafür sorgt, daß auch die Hilfsarbeiter, mit denen er zusammenarbeitet, sich ihrer Organi- sation anschließen!

Auf zur ersten Arbeit!

J. A. G. Lange, Bauarbeiter,
Hamburg, Föhlerweg 19, II.

Alle arbeiterfreundlichen Blätter werden um Abdruck dieses Aufrufs ersucht.

Herr Balmberger in Nürnberg theilt uns in Bezugnahme auf die in Nr. 62 des „Vorwärts“ gebrachte Bekanntmachung, betreffend die von ihm hergestellten Maifest- Zeichen, berichtigend mit, daß er bisher überhaupt noch keine Zirkulare versandt, sondern die Medaillen einzig Fischer und Bebel, sowie dem „Vorwärts“ mit einem Begleitschreiben zur Ansicht zugestellt habe. Mitthin könne ihm der Vorwurf, er sei in illogischer Weise vorgegangen, nicht gemacht werden.

Auf der Beche Hazard in Laminés (Belgien) ver- weigerten 150 Bergleute wegen Lohnherabsetzung die Einfahrt; 300 weitere Arbeiter sind dadurch gezwungen, zu feiern, 200 sind noch beschäftigt.

Die streikenden Spinnerei-Arbeiter in Lancashire willigten in eine Herabsetzung der Löhne um 2 1/2 pSt. unter der Voraussetzung, daß Nicht-Unionisten nicht beschäftigt würden.

Briefkasten der Expedition.

Genossenschaftsbücherei. Wir bitten um den Besuch Ihres

Kassiers.

B. in Wiesbaden. Das Inserat kostet 3,20 M. Wir bitten um Einbindung des Restes von 2,80 M.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung

Theater.

Sonnabend, den 18. März. Opernhaus. Der Freischütz. Schauspielhaus. Othello, der Mohr von Venedig. Deutsches Theater. Der Talisman. Berliner Theater. Rian. Fassung-Theater. Die Tragödie des Menschen. Wallner-Theater. Die Rosa-Dominos. Kroll's Theater. Der Waffenschmied. Residenz-Theater. Die beiden Champignol. Viktoria-Theater. Die Reise um die Welt in achtzig Tagen. Neues Theater. Durch die Intendanz. Die Lore. Friedrich-Wilhelmstadt. Theater. Der Bettelstudent. Adolph Ernst-Theater. Modernes Babylon. Thomas-Theater. Ihr Korporal National-Theater. Ficko, oder: Die Verschwörung zu Genua. Alexanderplatz-Theater. Die Konfessionelle. Apollo-Theater. Spezialitäten-Vorstellung. Theater der Reichshallen. Spezialitäten-Vorstellung. Kaufmann's Variété. Spezialitäten-Vorstellung. Gebrüder Richter's Variété. Spezialitäten-Vorstellung. Winter-Garten. Spezialitäten-Vorstellung.

Adolph Ernst-Theater.
Zum 81. Male:
Modernes Babylon.
Gesangspöste in 3 Akten v. Ed. Jacobson und W. Mannst. Compl. theilweise von G. Görs. Musik von G. Stollens. In Szene gesetzt von Adolph Ernst. Anfang 7 1/2 Uhr.

American-Theater.
Novität! Novität!
Der Dussel
(Nulpus)
Parodistisch-realistischer Vorgang in der Dachkammer, frei nach Ibsen und Zola von Oscar Wagner.
(Alwin - Ede - Martin Bendix.)
Alfred Bender
in seinem neuesten Originalvortrag
Der Volksmund in Berlin.
Blank, der beste Bauchredner. Anhaltender Erfolg.
Die Trockenwohner.

Passage-Panopticum.
Ren!
Das unerklärliche Verschwinden eines frei in der Luft hängend. Mädchens.

Castan's Panoptikum.
Große Ausstellung lebensgroßer Wachfiguren u. Gruppen.
Neue Illusion. Lotosblume.
Andere Illusionen.
Fantoche-Theater.
Castan's Irrgarten. Schreckenskammer.

Kaufmann's Variété
Am Stadtbahnhof Alexanderplatz.
Große
Spezialitäten-Vorstellung.
Vollständig neues Programm.
Tom. Belling, Original-August.
Truppe Hugoston, Akrobaten.
Kolling Müller, Wasserläufer.
The Malinos, Grenitree.
Geschw. Taciani, Duettistinnen.
Heinr. Bender, Humorist.
Miss Victoria, Jongleuse und preisgekrönte Schönheit.
Rigó Manó, Ungarischer National-Sänger.
sowie sammtl. engag. Spezialitäten.
Anfang Wochentags 8 Uhr.
Entree 50 Pf.

Subzimmer mit Piano zu vergeben. Schulz, Prenzlauer Allee 224, Ecke Trebbowstraße. [37902]

Circus Renz.

(Karlstraße)
Sonnabend, 18. März, Abends 7 1/2 Uhr:
Gr. Gala-Vorstellung.
Ein Künstlerfest.
Grosse Ausstattungs-Pantomime
Neue Einlagen mit überraschenden Wasser- und Lichteffekten. Ballet von 100 Damen. Glänzender Blumen-Corso. Grosses Brillant-Festwerk.
Außerdem: **Mr. James Willis** mit dem Schulprince Markir. **5 Springpferde**, in Freiheit dressirt, und vorgef. vom Direktor Fr. Renz.
Sonntag: Zwei Vorstellungen. Um 1 Uhr (1 Kind unter 10 Jahren frei). Die lustigen Heidelberger. - Abends 7 1/2 Uhr: **Ein Künstlerfest.**
Billet-Vorverkauf an der Zirkusstraße 51a.
Fr. Renz, Direktor.

Feen-Palast

Jeden Tag:
Gr. Spezialitäten-Vorstellung.
Passepartouts u. Bons haben Gültigkeit.
Etablissement
North-Platz. **Buggenhagen.** North-Platz.
Täglich: Instrumental-Koncert.
Großer Frühstücks- u. Mittagstisch. Spezial-Restaurant von **Vahnhöfer Lagerbier**, hell und dunkel.
An Sonn- und Festtagen findet das Konzert in den oberen Sälen statt.
Entree Wochent. 10 Pf. Sonnt. 25 Pf.
Säle für Versammlungen, Kommerse, Festlichkeiten etc.

Gratweil's Bierhallen

Kommandantenstraße 77-79.
Täglich:
Germania-Konzert- u. Komplet-Sänger
sowie Auftreten des musikal. Clown **Mr. Barna** und Damen-Imitator **Willy Wilson.**
Gr. Frühstücks- u. Mittagstisch.
Zwei Säle
in Versammlungen und Vergnügungen, sowie 6 Billards und 3 Kegelhöfen.
F. Sadtke.

Empfehle mein **Weiß- und Vairisch-Bierlokal**
1888b
Otto Heindorf, Gr. Frankfurterstr. 87.
(Gleichzeitig mache darauf aufmerksam, daß ich mit Heindorf, Weberstraße, nicht identisch bin.)

Feen-Palast, Burg- und Wolfgangstraßen-Gde.

Sonntag, den 19. März 1893:
Gr. Gedächtnis-Feier
anlässlich des
10. Todes-Tages von Carl Marx
veranstaltet vom
Leseklub Carl Marx.
Vokal- und Instrumental-Konzert, Prolog, gesprochen vom Genossen **Jul. Türk**, Festrede, gehalten vom Stadtverordneten Genossen **E. Vogtherr**. Lebende Bilder, zur Aufführung gelangt nicht: „Die französische Revolution“ von **C. N. Schäfers**, da dieselbe auch für diesen Tag politisch verboten worden ist, sondern statt dessen: **Eugen Richter's lebende „Jahresbilder“**, u. a.: „**Spar-Agnes in der Klosterstraße**“ und „**Strampel-Annie's Tod**“. Die Gesänge werden vom Gesangsverein „**Berliner Spp-graphia**“ (Mitglied des Arbeiter-Sängerbundes), Dirigent Herr **Böhlke**, ausgeführt. Musik, ausgeführt von **Zwei-Vierstimmern** unter Leitung des Herrn **Grass**. Anfang 5 Uhr.
Billetts à 30 Pf. inkl. Tanz sind in sämtlichen mit Plakaten belegten Handlungen zu haben.
Hierzu ladet freundlichst ein
Das Komitee.

Achtung! 4. Wahlkreis (Osten). Achtung!

Gedenkfeier des 18. März
am Sonnabend, den 18. März, Abends 8 Uhr,
im Lokale des Herrn **Haase** (früher **Mohrmann**),
Große Frankfurterstraße 117,
und im „**Elysium**“, **Sandsberger Allee 39-41,**
bestehend in einer

sozialdemokratischen Versammlung

und nachfolgendem
Concert
sowie Vorträgen ersten Inhalts, unter gütiger Mitwirkung der Gesangsvereine „**Eisenburg**“ und „**Lobbeckhau**“ (Mitgl. des Arb.-Sängerbundes) und des **Leseklubs „Gleichheit“**.
Programm sind in allen bekannten Lokalen und bei den Vertrauenspersonen **Heinr. Baumgarten**, Posenerstr. 4, v. 3 Tr., und **Rob. Wenzels**, Stoppenstr. 41, zum Preise von 20 Pf. zu haben.
849/3*

Freie Volksbühne.

Am Sonntag, den 19. März, Nachmittags 2 1/2 Uhr, findet für die **I. Abtheilung**, am Sonntag, den 26. März, Nachmittags 2 1/2 Uhr, für die **II. Abtheilung** je eine Vorstellung im **Fassung-Theater** statt.
Zur Aufführung gelangt zum 3 u. 4. Male:
Der zerbrochene Krug. Lustspiel.
Die Großstadtluft. Schwank.
Die 1., 2., 3. u. 4. Abtheilung sind vorläufig geschlossen.
Der Vorstand der Freien Volksbühne.
J. A.: **Julius Türk**, SW., Solmsstr. 24.

Unsern Genossen und Sangesbruder, Stadtverordneten **Karl Orbig**, die herzlichsten Glückwünsche zu seinem am 19. März stattfindenden Bieregenfeste. Der runde Tisch **Wittgenstein 7 Star's** **Karl lag** diesen. Da such' ich Euch **Wittgenstein**. 83732
Gessen im März 1893.
W. S. A. B. C. u. J. L.

Zu Deinem heutigen Bieregenfeste verzeihen wir die letzten Reste, in der alten Schaufel hier, und wünschen in der neuen Schaufel Dir das Allerbeste.
1880b
Die Schaufelbrüder.

Todes-Anzeige.

Allen Freunden und Kollegen die traurige Nachricht, daß der **Maurer Adolph Ullrich** am Dienstag, den 14. März, verstorben ist. Die Beerdigung findet am Sonntag, den 19. März 1893, Mittags 12 1/2 Uhr, von der Hirtenstr. 12a, nach dem St. Georgen-Kirchhof, **Sandsberger Thor**, statt.
Der Verstorbene, der Mitglied des **Sängereins der Maurer Berlins** und Umgegend war, hat sich durch sein ruhiges und sachliches Betragen viele Freunde erworben.
Ehre seinem Andenken!
Um rege Theilnahme an dieser Beerdigung wird ersucht.
Der Vorstand, Karl Pfeil.

Todesanzeige.

Allen Freunden und Kollegen zur Nachricht, daß mein lieber Mann, der **Maurer Hermann Künze** am 16. d. Mts. verstorben ist. Die Beerdigung findet Sonntag, den 19. März, Nachm. 3 Uhr, von der Halle des **Elisabeth-Kirchhofes „Prinzen Allee“** aus statt. Die trauernde Wittwe nebst Mutter
Den Sangesbrüdern aus Welten unsern besten Dank für die freundliche Aufnahme, sowie für die Begleitung nach dem **Bahnhof Borsdorf** am 12. März.
1878b
Die Gesangsvereine
Moabit, Nordwestern, Heisenburg, Jahn'scher Humor.

Die Beleidigung, welche ich Frau **Bahmann**, Eimerstr. 13, zugefügt, nehme ich zurück und erkläre dieselbe als ehrenhaft.
Frau M. Thiede.
Empfehle nach wie vor mein **vergrößerter Lokal**, franz. Billard etc. dem verehrten Publikum. **Vorwärts, Volks-Zeitung**, sowie andere Zeitungen liegen aus.
[9596L]
M. Berndt,
Oranien- u. Alexandriastr.-Ecke.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 1. Berliner Reichstags-Wahlkreis.

Freitag, den 17. März, Abends 8 Uhr, in **Gratweil's Bierhallen**, Kommandantenstraße 77-79:
Oeffentliche Versammlung.
Tagesordnung:
1. Vortrag des Genossen **Wach** über die Bedeutung des 18. März.
2. Diskussion. 3. Verschiedenes. - Gäste willkommen.
Um zahlreiches Erscheinen bittet
Der Vorstand.

Oeffentliche Volks-Versammlung für den 4. Berliner Reichstags-Wahlkreis (SO.)

am Montag, den 20. März, Abends 8 Uhr, im **Konzerthaus „Sanssouci“**, Kottbusserstraße Nr. 4a.
Tagesordnung:
1. Was lehrt uns der 18. März? Referent: Genosse **Stadtverordneter Vogtherr**. 2. Diskussion.
349/4*
Die Vertrauenspersonen.

Oeffentliche Volks-Versammlung für den 5. Berliner Reichstags-Wahlkreis

am Sonnabend, den 18. März, Abends 8 Uhr, im **Saale des Schweizer-Gartens**, am **Friedrichshain**.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag über das „**tolle Jahr**“ 1848. Referent: Genosse **Dr. Pinn**.
2. Diskussion. 3. Wahl eines **Manifest-Komitees**.
851/1*
Die Vertrauensperson: Fr. Krüger, Hirtenstr. 10.

Oeffentliche Volks-Versammlung für den 6. Berliner Reichstags-Wahlkreis

am Sonnabend, den 18. März 1893, Abends 8 Uhr, bei **Reichert**, **Müllerstraße Nr. 7**.
Tagesordnung:
1. Vortrag des Genossen **Stadtverordneter Vogtherr**: Die Bedeutung des 18. März. 2. Diskussion.
353/5*

Deutscher Tischler-Verband.

Zahlstelle Berlin.
Versammlung der Branche Kuffeinstrumenten-Arbeiter
am Sonnabend, den 18. März, Abends 8 1/2 Uhr, bei **Keller**, **Bergstraße 68**.
Tagesordnung: 1. Vortrag des Kollegen **Wiedemann** über: Der freie Arbeitsvertrag. 2. Diskussion. 3. Die Mischstände in der Pianofabrik von **Höfener** und die Rauregelung des Kollegen **Ulbricht**. 4. Verbandsangelegenheiten. 5. Verschiedenes.
817/10

Verband aller in der Metallindustrie beschäftigten Arbeiter

Berlin und Umgegend.
Morgen, Sonntag, den 19. März, Vorm. 10 Uhr, im Feen-Palast **Burg- und Wolfgangstraßen-Gde.**
Außerordentliche General-Versammlung.
Tagesordnung:
1. Wie stellen wir uns zum **Deutschen Metallarbeiter-Verband**? Referent: Kollege **O. Näther**.
2. Diskussion.
3. Bestätigung der vorgeschlagenen **Beisitzer zum Vorstand** sowie zur **Nachkommission**.
Mitgliedskarte legitimirt.
229/2
Pflicht jedes Mitgliedes ist es, zu erscheinen und seine Interessen zu wahren.
Der Vorstand.

Große öffentliche Versammlung aller im Getreide beschäftigten Personen als

Wäger, Kornträger, Schipper, Magazin-Arbeiter, Kutscher etc.
am Sonntag, den 19. März, Vorm. 10 1/2 Uhr, in **Hensel's Salon**, **Invalidenstr. 1, Ecke Brunnenstrasse**.
Tagesordnung:
1. Vortrag. (Referent wird in der Versammlung bekannt gemacht.)
2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
Um zahlreiches Erscheinen ersucht
197/8
Der Einherufer.

Genossenschafts-Bäckerei

für Berlin und Umgegend.
(Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung).
Die statutenmäßige
95/15
Ordentliche General-Versammlung
findet am **Donnerstag, den 30. März, Abends 8 Uhr, im Saale von Joël**, **Andreasstr. 21**, statt.
Tagesordnung:
1. Wahl des **Aufsichtsraths**. 2. Wahl des **Vorstandes**.
Der Aufsichtsrath.

Oeffentliche Versammlung der Kistenmacher

am Sonntag, den 19. d. M., Vormittags 10 Uhr, in den **Arminhallen**, **Kommandantenstr. 20**.
Tages-Ordnung:
191/11
1. Beratung des **Statutenentwurfs** der **Tischler** zu dem am 4. April in **Cassel** stattfindenden **Holzarbeiter-Kongress**. 2. Verschiedenes.
Kollegen, es handelt sich um **Euer** aller Interessen. Nicht pünktliches Erscheinen aller **Kistenmacher** ist **nothwendig**.
J. A.: **Fritz Märten**, **Reichenbergerstr. 29**.

Holz- und Bretterträger Berlins und Umgegend.

Sonntag, den 19. März, Vormittags 10 Uhr, bei Herrn **Otto Klein**, **Schönhaferstr. 6**:
Mitglieder-Versammlung.

Freireligiöse Gemeinde.

Sonntag Vormittag 10 Uhr, **Rosenthalerstrasse 38**, Vortrag von Herrn **Dr. Pinn** über: „**Alte und neue Moral**.“
Montag Abends pünktlich 8 1/2 Uhr:
Beschliessende Versammlung
nur für vollberechtigte Mitglieder. Wichtige Mittheilungen über **Dissidenten-Prozesse**, die **Jugend-Fortbildung** etc. u. s. w.
152/10

Parlamentsberichte.

Deutscher Reichstag.

69. Sitzung vom 17. März 1893, 1 Uhr.

Am Bundesratsstische: v. Bötticher, v. Marschall. Die erste Lesung der Novelle zum Unterstützungswohnsitz-Gesetz wird fortgesetzt.

Abg. Dr. Vaumbach (Dr.): Auch ich stelle mich im großen und ganzen der Vorlage freundlich und zustimmend gegenüber. Mit dem Heimatsrechte haben wir in Deutschland früher nicht besonders angenehme Erfahrungen gemacht, und die Erfahrungen, welche man in Bayern, wo im Widerspruch mit dem Reichsrecht das Heimatsrecht als Reservat noch besteht, gemacht hat, sind wahrhaftig nicht verlockender Natur. Einzelne Fälle besonders ungewöhnlicher Art, welche sich aus den Konsequenzen dieses Heimatsprinzips ergaben, beweisen, daß dieses Prinzip ein Anachronismus ist. Es hatte seine Berechtigung zu einer Zeit, als die Bevölkerung noch eine sesshafte im wesentlichen war. Aber jetzt die Freizügigkeit in einzelnen Punkten beschränken will, wie die Konservativen beabsichtigen, der kann dabei nicht stehen bleiben, er muß schließlich auch bei der Beschränkung der Verleihungsfreiheit ansetzen. Das entgegengesetzte System ist dasjenige, welches lediglich den Aufenthalt entscheidend sein läßt. In der Theorie hat die Sache viel für sich; bringt aber in der Praxis ebenfalls Härten und Ungerechtigkeiten schwerer Art mit sich. Es würde dann das Abschlebungswesen noch mehr als jetzt überhand nehmen. Ich ziehe hiernach das System der Vorlage, Orts-Armenverbände und Land-Armenverbände, vor. Das auch hierbei große Mängel bestehen bleiben, wird jeder Verwaltungsbeamte bezeugen. Die Orts-Armenverbände sind geradezu erfunden, wenn es gilt, daß durch den zweijährigen Aufenthalt der Unterstützungswohnsitz erworben wird. Der Vorschlag, die Altersgrenze auf 18 Jahre festzusetzen, ist auch derjenige, den der westpreussische Städtetag gemacht hat. In Ostpreußen wollte man noch weiter heruntersinken, während es scheint, als ob der Reichstag 21 Jahre für richtiger hält. Die Ausdehnung auf die land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter ist ebenfalls ein richtiger Gedanke. Nicht recht verstehe ich allerdings, in wie fern die Landwirthe im Osten sich einen Vortheil von dieser Bestimmung versprechen, namentlich wenn sie die Freizügigkeit der Winderjährigen beschränken wollen. Wenn der sozialdemokratische Redner die Auswanderung der landwirtschaftlichen Arbeiter des Ostens auf die mangelhafte Bezahlung zurückführt, so geht er doch zu weit. Was Herr von Schalscha über die Lage der Betroffenen bemerkte, war allerdings gar sehr rosig gefärbt. Die Enquete des Vereins für Sozialpolitik über diese Frage macht sehr wahrscheinlich, daß die Lohnfrage nicht das Entscheidende ist. Im großen und ganzen kommen etwa 1,80 Mark pro Tag und Kopf des landwirtschaftlichen Arbeiters heraus. Sehr günstig liegen die Verhältnisse in Württemberg und Baden; das ostelbische Deutschland weist dagegen nur in Mecklenburg bestrebende Zahlen, die ungünstigsten aber in Schlesien auf. Auch die Frage der Behandlung der landwirtschaftlichen Arbeiter ist wohl nicht das Entscheidende. Vielmehr scheint es, als ob nach dem alten deutschen Sprichwort „Stadtluft macht frei“, das ursprünglich das Ausschneiden aus dem Hörigkeitsverhältnis umschrieb, die Fortdauer des alten überlebten patriarchalischen Systems mit seiner Abhängigkeit des Arbeiters vom Arbeitgeber die Hauptsache an den unersetzlichen Verhältnissen trägt, über welche die östlichen Landwirthe klagen. Auch mit der Naturalwirtschaft auf dem Lande wird ausgeräumt werden müssen. Herr Dr. Weber, der den auf die ostelbischen Gebiete bezüglichen Theil der Enquete bearbeitet hat, hat die Ergebnisse der Untersuchung in den Satz zusammengefaßt: Das patriarchalische System ist volkswirtschaftlich ausgedehnt. Wie sehr das Schulwesen im Osten infolge dieses Systems noch im Argen liegt, wieviel da noch zu thun ist, weiß jeder. Die Agrarier verlangen nun auch noch Bestrafung des Kontraktbruchs. Davon ist aber eine wirkliche Abhilfe garnicht zu erwarten; viel bessere Früchte wird die Selbstmachung der ländlichen Arbeiter tragen. In dieser Richtung sollten alle Parteien zusammenwirken.

Staatssekretär v. Bötticher: Alle Parteien mit Ausnahme der Sozialdemokraten theilen die Tendenz der Vorlage und auch der Vertreter der Sozialdemokraten will wenigstens einiges von der Vorlage gelten lassen. Den Wunsch nach Schaffung eines einheitlichen deutschen Armenrechts theile ich lebhaft; aber der Abg. Vaumbach geht zu weit, wenn er die Befestigung des Heimatsrechtes in Bayern als Postulat hinstellt. Bundesrat und Reichstag haben seiner Zeit kein Bedenken gegen die Aufrechterhaltung des Heimatsrechtes in Bayern gehabt; ungeschichtlich und der Verfassung widersprechend ist also der Zustand in Bayern nicht. Eine fundamentale Aenderung des Gesetzes ist in diesem Momente völlig ausgedehnt; jedenfalls würden bei einem großen Theile der Bevölkerung berechtigte Empfindungen und Interessen verletzt werden, wenn das eine oder andere System zur alleinigen Geltung gelangte. Wir hoffen, daß je länger und mehr die sozialpolitische Gesetzgebung ihre Wirkung übt, der Streit und das Prinzip seine Schärfe verlieren und eine Verständigung erleichtert wird. Der Abg. Stolle behauptet mit Unrecht, daß die Armenbudgets durch die Versicherungsgesetze nicht entlastet worden sind. Wo bleibt denn Krankengeld, Unfall- und Altersrente? Alle die Empfänger dieser Zahlungen würden sonst rettungslos der Armenpflege anheim gefallen sein. Für Berlin ist dies authentisch nachgewiesen bei der Kranken- und namentlich bei der Unfallversicherung; den stärksten Einfluß auf das Armenbudget werde aber das Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetz ausüben, versichert der Verfasser der betreffenden von der Stadt veranlaßten Arbeit mit Recht und belegt diese Versicherung schon für das Jahr 1891, aus welchem die Schrift stammt, mit beweiskräftigen Zahlen. Gerade die Sozialdemokraten müßten es doch mit Freunden begrüßen, daß dadurch allgemein der standard of life der Arbeiter gehoben worden ist. Der Abg. Hahn hat darauf hingewiesen, daß Berlin nur 1300, Brandenburg aber 12 000 Altersrentner habe und daß sich daraus eine Mehrbelastung des platten Landes ergibt. Dieser Schuß ist nicht schlagig; das platte Land zahlt für die Altersrenten-Empfänger keinen Groschen, sondern für die versicherungspflichtigen Arbeiter zahlt es seine Beiträge. Ob die 12 000 Rentenempfänger landwirtschaftliche Arbeiter sind oder aus den Städten nach dem platten Lande verzogen sind, ist vollständig gleichgültig, da die Rente vertheilt wird auf alle Versicherungsanstalten, in deren Bezirk der Empfänger thätig gewesen ist. Die höhere Ziffer der Brandenburger schreibe ich lediglich dem Umfange zu, daß die Leute auf dem Lande älter werden, weil das Leben gesünder, die Beschäftigung zuträglicher ist; der Arbeiter in der Stadt genießt diese Vorzüge nicht in dem Maße. (Sehr richtig!) Aber das Prinzip der Armenpflege werden wir uns also später leichter verständigen können, ich hoffe sogar, daß wir dann zu dem reinen Aufenthaltsprinzip werden übergehen können. Die Bedenken dagegen verkenne ich nicht; aber wenn wir, wie in Preußen, sämtliche Blinden, Taubstummen, Idioten und Irren den Land-Armenverbänden überweisen und die Verpflichtung der Gemeinden auf einen bestimmten Beitrag begrenzen, dann wird das Bestreben der Gemeinden, den zu unterstützenden abzuschieben, sehr zurücktreten.

Kommt es dazu, daß auch die Fürsorge für die Wittwen und Waisen in Angriff genommen wird, dann werden die Schwierigkeiten noch in viel größerem Maße vermindert werden. Die Zentralisirung der Armenpflege im Reich und in den Einzelstaaten wird auf Weisfall in weiten Kreisen kaum stoßen. Gerade bei der Armenpflege kommt es auf nichts mehr an, als auf die Erforschung des individuellen Falles (Sehr richtig!). Auch unter den Armenempfängern sind noch zahlreiche Elemente, die Verdienst noch suchen und finden können. Der Armenpfleger muß also in die Verhältnisse des einzelnen Falles einsteigen; die Zentralisirung würde zur Schablone führen. Die Entscheidung, wie und in welchem Maße zu helfen ist, muß der Lokalgemeinde überlassen bleiben. Die durch die Novelle beabsichtigte Verschiebung ist keine Unbilligkeit, sondern will gerade eine Unbilligkeit beseitigen; in dieser Beziehung ist das Gelingen von Herrn von Schalscha angeführtes Beispiel von dem Dienstmädchen mit dem Ammenberuf ganz besonders zutreffend. Bei der Normirung der Altersgrenze muß als entscheidend angesehen werden, daß der jugendliche Arbeiter bereits mit dem 16. Jahr seine Heimath verläßt, sondern daß dies in der Regel erst später erfolgt. Ein Kardinalpunkt ist das freilich nicht; steht der Reichstag eine andere Ziffer ein, so wird der Bundesrat keine Schwierigkeit machen. Je höher die Ziffer gegriffen wird, desto mehr wird aber die Wirksamkeit des Gesetzes verloren gehen; nach oben hin sollte also die Ziffer nicht verändert werden. Auf die Neigung des jugendlichen Arbeiters, seine Familie zu verlassen, wird jedenfalls dieses Gesetz auch nicht den mindesten Einfluß ausüben. Einer Ausdehnung der Bestimmung wegen der dreizehn Wochen Krankenversicherung auf alle Arbeiter dürfte auch Widerstand nicht entgegenzusetzen werden. Die Sozialdemokraten belächeln die vorgeschlagene Erweiterung des Straf-Gesetzbuchs, welche diejenigen treffen soll, welche sich der Unterhaltungsspflicht ihrer Familie entziehen, obwohl sie dieser Pflicht genügen könnten. Ich verstehe diese Gegnerschaft nicht. Bis die Glückseligkeit des Zukunftstaats eintritt, muß doch der Familienvater für seine Familie aufkommen. Sie wünschen doch selbst nicht, daß der Böswillige privilegiert sein soll; Sie müßten also diese Bestimmung mit Freuden begrüßen.

Abg. Mollenhauer (Soz.): Die Aenderung des Gesetzes wird von allen Seiten als notwendig erkannt. Wenn also die Anschauung allgemein ist, daß das bestehende Gesetz seine Mängel hat, so sollte doch eine grundlegende Aenderung erfolgen. Man begnügt sich aber mit einigen kleinen Modifikationen. Das bestehende Gesetz belastet gerade die allerärmsten Gemeinden in ungeheurer Weise, während die wohlhabendsten so gut wie gar nicht von der Armenlast berührt werden. Dieser Umstand hat die meisten und die berechtigtesten Klagen hervorgerufen. Die bloße Herabsetzung des Alters genügt nicht, die Lasten müßten auf breitere Schultern vertheilt werden. Herr v. Bötticher befreit die Durchführbarkeit dieses Gedankens; aber gerade die Vertheilung der Last auf die Gesamtheit würde doch die Widerwärtigkeiten beseitigen, welche sich im Gefolge der Abschlebungsvorläufe der Orts-Armenverbände gezeigt haben. Erstlich ist, daß einige Redner direkt zugegeben haben, daß die Lage der industriellen Arbeiter eine sehr gedrückte ist; denn das muß doch der Fall sein, wenn sie noch schlimmer daran sind, als die Landarbeiter des Ostens. Herr von Schalscha hat uns nun das Kunststück vorgerechnet, daß der Arbeiter auf dem Lande eine große Einnahme aus seinen Naturalbesitzen hat. Rechnen die Herren Landwirthe auch ihre Getreide-Ernte zu den Berliner Marktpreisen? (Auf: Nein!) Und wovon das Schwein, welches täglich ein Pfund Fleisch giebt, so fett geworden ist, ob es etwa 30 viel Pflegen gesungen hat (Heiterkeit links), hat er nicht gesagt. Ich vermute, es hat einen guten Theil des Roggens aufgefressen, der uns vorher als Einnahme aufgerechnet worden war. Mit solchen Rechnungen kann man doch im Grunde keinen Eindruck machen. Die Vorlage will nun das Einschreiten des Strafrichters schon dann, wenn der Arbeiter fähig ist, durch Arbeiten seine Familie zu ernähren und sich dieser Pflicht entzieht. Wie aber, wenn er keine Arbeit bekommt? Wie will der Richter feststellen, ob er sich genügend darum bemüht hat oder nicht? Der Arbeiter kann also in Korrekthaus kommen, ohne daß ihn eine Schuld trifft. Geht der Arbeiter, um Arbeit zu nehmen, aus seinem Wohnorte, von seiner Familie fort und nimmt etwa Arbeit bei der Herstellung des Nord-Ostkanals, so kann er in den meisten Fällen von dem niedrigen Lohn nichts erübrigen, nichts nach Hause schicken, und verfällt dann unter Umständen ebenfalls der Korrekthaushaft. Es kommt dazu, daß die Korrekthaushaft an sich eine unwürdige Art der Strafe ist; der Arbeiter wird mit Bagabunden und wirklich arbeitslosen Individuen zusammengesperrt. Wegen dieser Art der Polizeibestrafung sind wir stets gewesen und werden uns auch ferner entscheiden dagegen erklären. (Weisfall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. v. Pfetten (Z.) protestirt gegen den Vorstoß des Abg. Vaumbach gegen ein verbrieftes bayerisches Reservatrecht; er hofft, daß der übrige Reichstag sich hüten werde, die Gefühle der Bayern in derselben Weise zu verletzen.

Abg. Vaumbach: Ich hatte mir sofort gedacht, daß ich bei den Herren aus Bayern Anstoß erzeuge; die Herren sind in bezug auf ihre Reservatrechte sehr penibel. Selbstverständlich habe ich nichts davon gesagt, daß das bayerische Heimatsrecht verfassungswidrig sei. Es ist dieses Recht nicht in Einklang zu bringen mit dem System im übrigen Deutschland; es verträgt sich nicht damit. Das halte ich aufrecht und erinnere nur an berühmte Fälle wie den Fall Gutten, der zu einem besonderen Akt der bayerischen Gesetzgebung führte. In Bayern besteht nach wie vor die Forderung des Berechtigungszeugnisses und die Heimatsgebühr, beides im Widerspruch mit dem sonst geltenden Reichsrecht. Herr v. Nettel hat übrigens vor Jahren in einem Briefe an Losler ausgesprochen, er sei überzeugt, daß das bayerische Reservatrecht in diesem Punkte unweigerlich fallen müsse. Es sollte mir leid thun, wenn diese Voraussage des Herrn v. Nettel nicht eintrifft, wenn der Reichsgebante in Bayern nicht so gestärkt ist, daß dieser innere Widerspruch beseitigt werden kann.

Abg. von Schalscha wendet sich gegen den Abg. Mollenhauer. Es komme darauf an, wie theuer oder wie billig man sich auf dem Lande ein Lebensbedürfnis verschaffen könne, und wie theuer sich dasselbe in Berlin stelle. Auf dem Lande habe das Geld einen bedeutend höheren Werth als in Berlin. Der Unternehmerr Gewinn falle auf dem Lande zu einem viel größeren Theile als in der Stadt den Arbeitern zu. Die Lieferung eines Schweinefelles garantire auf dem Lande auch da, wo die Wohnungen gute sind, noch nicht, daß die Leute die Schweine nicht doch in die Städte nehmen. (Große Heiterkeit.) Der Nutzen aus den Schweinen werde allerdings durch das Öffnen der Grenze sehr beeinträchtigt, daran aber seien die verbündeten Regierungen schuld. Diese sollten es sich doch lieber zehnmal überlegen, ehe sie auf diese Weise den Leuten die Schweinepreise überdecken, und der Maul- und Klauenfeuche Vorschuß leisten. (Heiterkeit.) Die Behandlung der Arbeiter in den Städten sei vielfach eine viel — brutaler wolle er nicht sagen, aber lieblichere als auf dem Lande. (Sehr richtig! Rechts.) Nachtheile der Naturallohne könne er nicht anerkennen. Das Geld zu Zwecken der Unfallversicherung bleibe zum größten Theile in den

Taschen der Beamten; das ergebe sich daraus, daß 1/3 des Geldes Rente und 2/3 Verwaltungskosten seien.

Staatssekretär von Bötticher: Bei dieser Behauptung übersteht der Vorredner, daß das Unfallgesetz auf dem Umlageverfahren beruht. (Sehr richtig!) Nach einigen Jahren schon wird das Verhältnis in seinem Sinne ein sehr viel günstigeres werden; ob aber seine Belastung geringer werden wird, ist eine andere Frage. Bei der Altersversicherung kann im Allgemeinen auch nicht von einem gleichen Mißverhältnis gesprochen werden.

Abg. v. Schalscha: Ich werde der Aufforderung zu warten, bis die Verhältnisse sich günstiger gestaltet haben, entsprechen; richte aber an den Staatssekretär die gleiche Bitte.

Abg. v. Pfetten lehnt es ab, den Reichsgebanten und seine Erklärung in Bayern mit dem Heimatsprinzip in Verbindung zu bringen. Die Heimatsgebühr spiele in den Einnahmen der Gemeinden Bayerns eine nicht unerhebliche Rolle.

Abg. Stolle (Soz.) bleibt bei der Behauptung stehen, daß in Sachsen die sozialpolitische Gesetzgebung noch keine Entlastung der Gemeinden gebracht hat. Die Zahl der unterstützten Armen habe garnicht oder doch nur um 200 oder 300 auf 52 000 abgenommen. Schließlich werde ja nur den Reich durch die Versicherung die Armenlast abgenommen, da zu den Beträgen für die Altersversicherung die Arbeiter doch auch mit herangezogen werden. Krankenkassen seien schon lange vor dem Reichsgesetze in viel größerem Umfange und mit viel größeren Belastungen als nach dem Gesetze in Sachsen vorhanden gewesen. Die Zentralisirung der Armenpflege sei keineswegs undurchführbar. Auch wenn der Staat etwas in die Hand nähme, müsse er individualisiren können, der Staat könne doch nach wie vor die Gemeinden für diesen Zweck in Anspruch nehmen. Durch die Zentralisirung würden auch die Wohlhabenden und Reichen gleichmäßig zu den Kosten der Armenpflege herangezogen werden und so ein Gebot der einfachen Gerechtigkeit erfüllt. Zu dem Heimatsrecht Bayerns erblicke Redner einen nicht verfassungsmäßigen Zustand, denn dieses Heimatsrecht widerspreche dem Artikel 9 der Verfassung, der ein gemeinsames deutsches Indigenat aller Deutschen mit gleichen Rechten und Pflichten feststelle. Die Heimatsgebühr sei außerdem ganz außerordentlich hoch, zumal in Bayern jeder Nichtbayer als Ausländer zum doppelten Satz der Gebühr veranlagt werde. Die verbündeten Regierungen sollten mit dem Reichstage diesem unerträglichen Zustand ein Ende machen. In Bayern werde niemand solchen Zuständen mehr das Wort reden. Die Beratung der vorgelegten Novelle biete dazu die beste Gelegenheit.

Staatssekretär von Bötticher: Wir werden den Sozialdemokraten überlassen müssen, ob sie Anträge in der von ihnen angedeuteten Richtung stellen werden; wir werden sie ernst nehmen und ernst prüfen. Wenn auch im Königreich Sachsen das Bedürfnis nicht bestehen mag, Leute, welche die Pflicht zur Unterhaltung ihrer Angehörigen vernachlässigen, vollstetlich zu bestrafen, so besteht ein solches Bedürfnis doch für Preußen. Die Behörden sind zur Zeit solchen Personen gegenüber machtlos, welche böswillig ihre Angehörigen der öffentlichen Armenpflege überlassen. In Berlin sind 1877 nicht weniger als 600 solcher Fälle vorgekommen. Die Verhältnisse in Bayern zu ändern, mag sich der Vorredner in Bayern bestreben; das Reich und der Reichstag sind durch Verträge gebunden und werden daran nicht rütteln. Eine Anrechnung zur Aenderung kann nur von Bayern selbst ausgehen.

Abg. v. Hornstein (Baden, wild, konservativ-merikal) hält die in der Novelle vorgeschlagene Regelung für verfehlt. Die schwachen Seiten des Freizügigkeitgesetzes seien gerade durch das Unterstützungswohnsitz-Gesetz scharfer hervorgehoben worden. Man nehme in der Novelle auch keine Rücksicht auf die abweichende Gestaltung der Materie in den Reichslanden. Sonderbarerweise drang gerade die norddeutsche Landwirtschaft dahin, dieses schlechte Gesetz noch weiter zu verschlechtern. Im ganzen deutschen Süden habe man sich in allen landwirtschaftlichen Vereinen gegen Verschärfungen ausgesprochen, wie sie hier vorgeschlagen wurden.

Abg. Hahn (Dt.) bestritt, daß das Prinzip der Freizügigkeit durch die Einführung eines Einzugsgeldes durchbrochen wird. Die bedeutende Differenz in Bezug auf die Festsetzung der Altersrenten zwischen Brandenburg und Berlin könne nicht allein auf das höhere Alter der Leute auf dem platten Lande zurückgeführt werden; letzteres erscheint dadurch unzweifelhaft als höher belastet, zumal eine Erhöhung der Prämien oder des Risikos der Provinz nicht ausgeschlossen sei.

Staatssekretär v. Bötticher: Diese Voraussetzung trifft nicht zu. Wir sind mit der Festsetzung der Prämien so vorsichtig verfahren, daß auch unter Beibehaltung der jetzigen Sätze eine solche Erhöhung nicht zu befürchten ist.

Abg. Dreesbach (Soz.): Es muß in Bayern allerdings dahin gewirkt werden, daß der Zustand beseitigt werde, wonach kein Nichtbayer den Unterstützungswohnsitz erwerben kann, wenn er nicht durch Zahlung höherer Gebühren das Heimatsrecht erwirbt. Auch wir wollen bedenken, der böswillig seine Familie verläßt, bestraft wissen, aber in den Motiven ist nicht nachgewiesen, daß der jetzige Zustand nicht ermöglicht, diese Bestrafung herbeizuführen. Auch für Preußen reicht § 362 des Strafgesetzbuchs vollständig aus. Jedenfalls muß der Begriff Familienangehörige genau festgelegt werden.

Nach einer kurzen Bemerkung des Abg. Vaumbach wird die Debatte geschlossen und die Vorlage einer besonderen Kommission von 21 Mitgliedern überwiesen.

Die Gesetzentwürfe betreffend die Aenderung der Maß- und Gewichts-Ordnung, sowie betreffend die Begründung der Revision in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten werden in dritter Beratung ohne Debatte unverändert endgültig genehmigt. Zu dem erigenannten Gesetz wird die Resolution Bömel-Werbach betreffend die Einführung einer in das metrische System passenden Bezeichnung für Doppelzentner angenommen.

Schluß 4 1/2 Uhr. Nächste Sitzung Sonntag 1 Uhr. (Novelle zum Militär-Pensions-Gesetz, Petitionen.)

Tokales.

Zur Feier des 18. März sollen, wie die „Vossische Zeitung“ mittheilt, besondere polizeiliche Maßnahmen getroffen sein. Von 11 Uhr Vormittags ab befindet sich die gesamte Schutzmannschaft im Dienst, und für die beiden den Friedrichshain berührenden Hauptmannschaften (dritte und achte) werden besondere Befehle, die sich auf Bereitstellung von Reserve-Patrouillengängen u. s. w. beziehen, ausgegeben. Das Polizeipräsidialgebäude erhält eine stärkere Besetzung, und die dort untergeordnete Reserve-Abtheilung muß zu einem sofortigen Einschreiten bezw. Abrücken an beliebige Punkte bereit sein. Auch die berittene Abtheilung unter Kommando des Polizeihauptmanns Höft hat eine größere Anzahl von Pferden zum sofortigen Abrücken unter dem Sattel

regen Patrouillenritt namentlich in der Umgebung des Friedrichsbains zu unterhalten. Die Schutzmännchen sind angewiesen worden, nützlichstenfalls mit Nachdruck vorzugehen, dagegen geringfügige Unfälle zu übersehen. Namentlich aber soll der Gebrauch der Säbel nicht ohne besondere Veranlassung stattfinden.

Die Arbeiter werden ernst und würdig, der Bedeutung des großen Tages eingedenk, die Feier begehen, und jeder zielbewusste Arbeiter wird sich aufs neue das Gelübde ablegen, unerschrocken und unentwegt den großen Kampf für die Befreiung der Menschheit und für die Verwirklichung einer sozialdemokratischen Gesellschafts-Ordnung fortzusetzen. Der gleiche Pulsschlag, der an diesem Tage alle Parteiarbeiter bewegt, der gleiche, erhabene Gedanke, der an diesem Tage jeden Arbeiter durchdringt und ihn das Haupt höher tragen läßt, wirkt allein als eine mächtigere Disziplin, als sie durch tausende Polizeibeamte geschaffen werden könnte. Die Arbeiter sind zu stolz, um die Feier der glorreichen Revolution von 1848 und der Errichtung der Kommune 1871 durch bloße Krawalle herabzuwürdigen.

Arbeiter-Bildungsschule. Am 1. April beginnen mit dem Anfang des Sommer-Halbjahres an allen vier Schulen (Nordstraße, Mülterstr. 179a; Ostschule, Marlinstr. 31; Südostschule, Reichenbergerstr. 183; und Südwestschule, Mariendorferstr. 10) neue Unterrichtskurse, wozu schon jetzt neue Schüler und Schülerinnen, sowohl in den Schulen, als auch in den bekannten Zählstellen aufgenommen werden. Unterricht wird in folgenden Fächern: Deutsch, Logik, Mathematik, Geschichte, Nationalökonomie, Gesetzeskunde, Anatomie, Physiologie, Buchführung und Rechnen.

Arbeiterinnen! Arbeiter! Die Arbeiter-Bildungsschule ist gegründet zu dem Zwecke, befähigten Arbeitern und Arbeiterinnen Gelegenheit zu geben, sich zu tüchtigen Kämpfern für die Befreiung der Arbeiterklasse aus den Fesseln des Kapitalismus auszubilden. Wie oben ersichtlich, unterrichtet die Schule hauptsächlich in Fächern, wie sie dem Volke in dem Volksschul-Unterricht vorenthalten werden. Gerade aber diese Fächer sind es aber, in die der Arbeiter eingeweiht sein muß, um zum vollen Verständnis seiner abhängigen Lage zu kommen. Der Schule fällt damit eine ernste schwere Aufgabe zu, sie hat sich derselben bis jetzt aller Anfeindungen und Hindernisse zum Trotz mit Erfolg unterzogen. In der kurzen Zeit ihres Bestehens sind doch schon eine ganze Anzahl Schüler zu wissenschaftlich tüchtigen und rednerisch gewandten Kräften ausgebildet worden. Der Nutzen der Schule für die gewerkschaftliche und politische Bewegung der Arbeiter tritt dadurch klar zu Tage. Trotzdem werden die Bestrebungen der Schule, namentlich von den Arbeitern, noch lange nicht genug gewürdigt. Anstatt die Gelegenheit zu benutzen, sich eine gediegene wissenschaftliche Bildung anzueignen, die sie befähigt, an dem geistigen Kampfe für die Befreiung des Proletariats teilzunehmen, ziehen es leider viele vor, sich Vergnügungsvereinen und sonstigen Spielereien zuzuwenden.

Arbeiterinnen, Arbeiter! Das muß anders werden! Unsere Zeit ist zu ernst, um sie zu verträdeln. Wie abseitig anerkannt wird, ist an tüchtigen geistigen Kräften für die Arbeiterbewegung kein Mangel vorhanden. Die Arbeiter-Bildungsschule bietet die Gelegenheit, diesem Mangel abzuhelfen. Intelligente Arbeiterinnen und Arbeiter giebt es genug. Nur die Schulung fehlt ihnen, um ihre geistigen Kräfte der allgemeinen Sache nutzbar zu machen.

Wir fordern Euch daher auf, den Bestrebungen der Schule nicht gleichgültig zuzusehen. Wer es ernst und aufrichtig mit der Arbeitersache meint, der suche derselben auch wohl und ganz zu dienen. Dies kann er aber nur dann, wenn er ihr seine geistigen und physischen Kräfte zur Verfügung stellt. Trete daher jeder, der es vermag, der Schule bei, sei es als Schüler, sei es als Mitglied, nicht nur dem eigenen Wohle, sondern dem Wohle der Gesamtheit seien seine Kräfte geweiht. Der Vorstand.

Am Sonntag, den 19. März, Vormittags 10^{1/2} Uhr, findet eine Besichtigung der Berliner Elektrizitätswerke (Zentral-, Mauerstr. 80), statt. Treffpunkt für die Teilnehmer daselbst. Der Unterricht in der Nationalökonomie beginnt an diesem Tage schon früh 8 Uhr. D. O.

Der „Reichsbote“ verteidigt sich gegen den Vorwurf der Anekdote. Er behauptet nun nicht mehr, daß Christus sein Semit, sondern nur, daß er kein mit den stillosen Schwächen der Klasse behafteter Semit war. Er nimmt also seine Anekdote zurück und wir haben das Verdienst, ihn dazu veranlaßt zu haben. Als „Kirchenkundig“ hatte unser Mitarbeiter sich nicht selbst empfohlen, sondern die Redaktion hatte ihn so bezeichnet.

Denunziationen gegen den in der Bildung begriffenen Verein der Handlungsgehilfen bringen mehrere hiesige Blätter in den Berichten über die öffentliche Handlungsgehilfen-Versammlung vom vorigen Mittwoch. Aus dem Auftreten sozialdemokratischer Redner wird gefolgert, daß die Gründung von der Sozialdemokratie ausgehe und angedeutet, daß der Verein einen politischen Charakter haben werde, was dem Vereinsgesetz zuwiderlaufen würde. Selbstverständlich gehen voran bei diesem denunziatorischen Treiben die Freijünglinge, wie sie sich immer noch ironisch nennen. Tatsächlich haben die als Redner auftretenden Sozialdemokraten, die Genossen Mollenbuhr, Bürgenau und Plum nur zur Widerlegung von Segnern, die vorher gesprochen hatten, das Wort genommen. Das Referat selbst hielt sich jeder politischen Tendenz fern.

Zu dem Verbot der öffentlichen Aufführung von Gerhardt Hauptmann's „Webern“ bemerkt Georg Simmel im „Sozialistischen Zentralblatt“:

Die Polizei hat die Aufführung nur einem geschlossenen Verein gestattet, die öffentliche verboten. Dagegen erlaubt sie dem Berliner Residenz-Theater Jahr für Jahr die gemeinsamen französischen Pöbeln aufzuführen, die durch den Riß der Segensgäule und die vorgeschützte Zentralisierung aller Lebensinteressen auf die entsprechenden Vergünstigungen ihre erzieherische Wirkung auf unser Volk ausüben dürfen; im Panoptikum darf eine Wächterbildergalerie blutiger Taten dem Publikum unter dem Titel „Färsen und Verbrechen“ dargeboten und damit die Verrohung der sich dazu drängenden Jugend, die Züchtung der Grausamkeitswollust und der Mauthierinstänke im Menschensystematisch betrieben werden. Aber eines der größten Kunstwerke, vom tiefsten sittlichen und künstlerischen Ernste getragen, wird der Gesamtheit vorenthalten, die, wenn auf irgend etwas, so hierauf ein Recht des Eigentums hat, weil nur der Geist der Gesamtheit selbst der Boden ist, auf dem diese Frucht wachsen konnte. Das ist die „ästhetische Erziehung“ unseres Volkes.

Für den ersten anarchistischen Scheinbündlungsprozess gegen Artelt und Genossen ist, wie die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ berichtet, der Termin auf den 1. April festgesetzt worden. Angeklagt sind der Schuhmacher Richard Artelt, Gewerkschafter Robert Madau und der Buchbinder Karl Videl, sämtlich drei Angeklagte, die sich gegenwärtig auf freiem Fuße befinden, haben, wie die „Nat.-Ztg.“ berichtet, in dieser Strafsache bereits im vorigen Jahre in Verbindung mit der Untersuchung im Hochverratsprozess Kamln und Genossen in Untersuchungshaft gesessen.

Zu der Angelegenheit der Viehmarktverlegung hat am Mittwoch eine Besprechung stattgefunden, bei der Vertreter des Vereins der Vieh-Kommissionshändler, der Innungspräsident, die Vertreter der beiden Groß-Schlächtermeister-Bereine und eine Anzahl größerer Ladenschlächter anwesend waren. Man kam schließlich auf den Vermittlungsvorschlag, den Sonnabend als Rinder-Hauptviehmarkt ständig einzuführen und den Dienstag als Hauptmarkt für Schweine und Kleinvieh festzusetzen. Nach einem Extrablatt der „Deutschen Fleisch-Zeitung“ ist gestern Mittag in einer Versammlung der vereinigten Vieh-Kommissionshändler dieser Vorschlag angenommen und der Schlächter-

innung eine bindende Zusage gemacht worden. Damit wären die Streitigkeiten wegen der Viehmärkte glücklich zu Ende gekommen.

Das gesamte Vermögen der Krisis-Krankenkasse von Weiskense ist durchgebracht von ihrem Rentanten, dem städtischen (Berliner) Magistrats-Buchhalter Karl Buchert, Königs-Gasse Nr. 15 wohnhaft. Die Kasse ist im Jahre 1882 gegründet und hatte im Jahre 1887 einen Reserfonds von 2000 M., sowie einen Kassenbestand von 8000 M. Im Laufe der Jahre vergrößerte sich das Vermögen bedeutend und es war durch den Vorstand bestimmt worden, daß das Kapital auf der Reichsbank hieselbst deponiert werden sollte. Das Depositem wurde bis jetzt ca. 18 000 M. betragen haben, wenn nicht Buchert dasselbe ganz und gar für seine Privatweide verwendet hätte! Der Debitant hatte sich Quittungen, die angeblüh von der Kasse der Reichsbank ausgestellt, selbst geschrieben und diese Fälschung war von den Kontrolleuren der Kasse nicht erkannt worden. Die beiden Apothekenbesitzer in Weiskense, die Herren Beutel und Eckert, hatten sich jetzt, da sie von der Kasse resp. dem Rentanten derselben, Herrn B., durchaus kein Geld erlangen konnten, beschwerdeführend an den Landrat des Niederbarnimer Kreises, Herrn von Waldow, gewendet, und auf energische Intervention dieses Herrn verfügte der Vorstand der Krankenkasse, daß von dem auf der Reichsbank befindlichen Depositem 1500 Mark, die erforderliche Summe, abgehoben werden sollte, um die Apotheken-Rechnungen zu bezahlen. Dadurch stellte sich der unerhörte Vertrauensbruch heraus; eine gefälschte Quittung wurde der Reichsbank vorgelegt, welche dem Vorstand der Krankenkasse mitteilte, daß ein Depositem überhaupt nicht vorhanden und niemals vorhanden gewesen sei. In dem gestern vor dem Untersuchungsrichter stattgehabten Kreuzverhör legte der verhaftete B. ein volles Geständnis ab, er entschuldigte seine Handlungsweise damit, daß er in nobler Gesellschaft verkehrt, und um mit dieser auf gleichem Fuße zu leben, sein Gehalt von 2400 M. als Rentant nicht ausgereicht habe! B. hat geradezu verschwenderisch gelebt; er gehörte allen möglichen Vereinen an, soweit diese nicht sozialdemokratisch waren, spielte viel und hoch, wetteile auf der Weiskenser Rennbahn und soll an einem Tage allein an 7000 M., wie in Weiskense erzählt wird, bezahlt haben! — In seinem Keller wurden für 500 M. Wein vorgefunden und beschlagnahmt; auch die Privatwägen des Rentanten sollen ganz bedeutende sein. — Es ist bezeichnend, daß eine solche Lebensweise eines untergeordneten Beamten in den „guten“ Kreisen, in denen er verkehrt, in keinerlei Weise Ansehen erregt. Wäre B. ein ehrlicher Mann gewesen, der vielleicht ein freies Wort nicht gescheut hätte, dann würde er auf Schritt und Tritt bewacht worden sein, und seine „respektablen“ Freunde würden sich beeifert haben, den Denunzianten zu machen.

Vor einigen Tagen stand im Polizeibericht die kurze Notiz, daß sich ein junges Mädchen in der Wäckerstraße zu erschließen versucht habe; die Veranlassung zu diesem Selbstmordversuch hat die Weltausstellung in Chicago gegeben. Die 28-jährige Verkäuferin Clara W., welche in einer hiesigen Möbelfabrik angeheiratet ist, war, dazu bestimmt worden, in den nächsten Tagen nach Chicago zur Weltausstellung als Vertreterin der Firma abzureisen. Anfang voriger Woche entschied jedoch der Chef, daß nicht Frau W., sondern ein anderes Mädchen des Geschäfts nach Chicago gehen sollte. Hierdurch fühlte sich die W. derartig verletzt, daß sie sich mit einem kleinen Taschentuchrevolver eine Kugel in den Kopf jagte.

Infolge eines Sturzes von der Treppe starb dieser Tage der Militär-Effektenfabrikant Albert Speyer, Taubenstraße 17. Er wollte seine Wohnung aufsuchen, glitt aus und fiel so unglücklich die Steintreppe hinab, daß er das Genick brach.

Ein 3 bis 4 Monate altes Kind weiblichen Geschlechts ist am 1. d. M. gegen 9 Uhr Abends auf dem Fluß des Hauses Ballstraße 78 gefunden worden. Es war mit weißer Jacke und rotem Wachsstock bekleidet und in Windeln gewickelt; es hat im städtischen Waisenhaus in der Alten Jakobstraße untergebracht werden müssen. Von einem Hausbewohner ist eine etwa 30-jährige Frauensperson von schlanker Gestalt, mit hagerem, blaßem Gesicht, mit dunkelm Anschlag und Kopftuch bekleidet, gesehen worden, die ein Paket in weißer Umhüllung trug und das Kind scheinbar ausgefegt hat.

Uebergefahren. Als heute früh 8^{1/2} Uhr mehrere schwerbeladene Militärwagen der Firma Gebr. Tabbert über die Waisenbrücke fuhren, verunglückte der Kutscher Otto Borchardt, der auf der rechten Seite seines Wagens ging, indem er plötzlich ausglitt und mit dem Bein unter die Räder seines Wagens kam, so daß ihm das Bein über das Bein ging, das hierbei gebrochen wurde. Der Verunglückte wurde sofort in eine vorüberfahrende Droschke geladen, und in ein hiesiges Krankenhaus gebracht.

Marktpreise in Berlin am 16. März, nach Ermittlungen des Polizeipräsidiums. Weizen per 100 Kg. guter von 15,00—15,10 M., mittlerer von 15,00—14,60 M., geringer von 14,50—14,00 M. Roggen per 100 Kg. guter von 13,40—13,10 M., mittlerer von 13,00—12,80 M., geringerer von 12,70—12,50 M. Gerste per 100 Kg. gute von 17,50—16,80 M., mittlere von 16,20—15,10 M., geringe von 15,00—13,80 M. Hafer per 100 Kg. guter von 15,80—15,20 M., mittlerer von 15,10—14,60 M., geringer von 14,50—14,00 M. Stroh, Nicht per 100 Kg. von — M. Heu p. 100 Kilogr. von — M. Erbsen, gelbe per 100 Kg. von 50,00—30,00 M. Pansen per 100 Kg. von 80,00 bis 80,00 M. Kartoffeln per 100 Kg. von 6,00—4,50 M. Rindfleisch von der Keule per 1 Kg. von 1,80—1,20 M. Bauchfleisch per 1 Kg. von 1,80—0,90 M. Schweinefleisch per 1 Kg. von 1,50—1,20 M. Kalbfleisch per 1 Kg. von 1,60—0,80 M. Hammelfleisch per 1 Kg. von 1,50—0,90 M. Butter per 1 Kg. von 2,80 bis 1,80 M. Eier per 60 Stück von 5,00—2,40 M. Fische per 1 Kg.: Karpfen von 2,10—1,20 M. Aale von 3,00—1,20 M. Zander von 2,40—1,00 M. Hechte von 1,80—1,00 M. Wariße von 1,80—0,70 M. Schleie von 2,40—1,00 M. Bleie von 1,40 bis 0,60 M. Krebse per 60 Stück von 10,00—3,00 M.

Polizeibericht. Am 16. d. M. Nachmittags wurde ein sechsähriger Knabe vor dem Hause Schillerstr. 8 durch eine Kutsche überfahren und am Arme und Fuße bedeutend verletzt. — In seiner Wohnung, in der Soldinerstraße, wurde ein Dieblicher erhandelt vorgefunden. — Vor dem Hause Friedr. 115 fiel Abends ein Mädchen infolge eines Fehltritts zur Erde und erlitt einen Bruch des Unterlebens, so daß es nach der Charitee gebracht werden mußte. — Im Laufe des Tages und am darauf folgenden Morgen fanden fünf Brände statt.

Gerichts-Zeitung. Im **Blantenburger Sanern-Krawall-Prozess** wurden sämtliche Angeklagte von den Geschworenen sowohl des schweren wie des einfachen Landfriedensbruchs, Giese auch noch der Bedrohung mit dem Verbrechen des Todschlags für „nichtschuldig“ erklärt, demgemäß wurden die Angeklagten freigesprochen und die Verlesenen mit ihrer Klage abgewiesen. Im **den Begriff des „Öffentlichen Aufzuges“** handelte es sich bei einer Anklage gegen den Zigarettenfabrikanten Röring aus Straußberg, welche gestern vor der Strafkammer des Landgerichts II verhandelt wurde. Mehrere Mitglieder des Arbeiter-Bildungsvereins zu Straußberg hatten am 8. Juli 1892 einen

Auszug in die Umgegend unternommen. Als sie sich am Ausgange des Dorfes Wesenthal befanden, stimmten einige ein sozialdemokratisches Lied an, wobei ihnen der Ortschulze entgegentrat. Röring, welcher dem Ortschulzen persönlich bekannt und dreißig Schritte hinter der singenden Gruppe zurückgeblieben war, erhielt ein Strafmandat über 10 M., und das Amtsgericht Straußberg hielt dasselbe aufrecht, trotzdem der Angeklagte geltend machte, daß die ganze Gesellschaft überhaupt nur aus 14 Personen bestanden habe, von einem „öffentlichen Aufzuge“ also keine Rede sein könne. In der Verhandlung vor dem Landgericht wendete sich Rechtsanwalt B. e. n. e. gegen die Auffassung, als ob hier ein öffentlicher Aufzug vorliegen könne. Er führte aus, daß selbst die vorbere Gruppe, zu welcher Röring nicht gehörte, nicht als solcher zu betrachten sei. So wenig, wie ein paar Studenten, welche ein Dorf singend durchziehen oder einige Handwerksburschen in gleicher Lage einen öffentlichen Aufzug bildeten, ebensowenig sei es bei dem Teilnehmern dieses Auszuges der Fall gewesen. Vom rechtlichen Standpunkte aus müsse es doch gleichgültig sein, ob eine so kleine Gruppe sozialdemokratische oder patriotische Lieder singe. Schließlich würde jede Krenserpartie, welche sich im Sommer mit Musik und Gesang durch den Tiergarten oder Brunenwald bewegt, als „öffentlicher Aufzug“ betrachtet werden können. — Das Gericht verwarf aber die Berufung, indem es ausführte: Die Singenden hätten in jeder Fall durch ihren Gesang die Aufmerksamkeit auf sich in ihrer Eigenschaft als Sozialdemokraten lenken wollen, und deshalb liege ein „öffentlicher Aufzug“ vor, gleichgültig, wie groß die Anzahl der Personen gewesen sei. Es komme auch nicht darauf an, ob der Angeklagte Röring mitgesungen habe oder ob er vielleicht 30 bis 40 Schritte hinterher gegangen sei. Er habe zu derselben Gesellschaft gehört und sei deshalb auch als Teilnehmer des Aufzuges zu betrachten.

Als ein äußerst gewandter Brieffschreiber zeigte sich der Brunnenmacher Bruno Seidel, welcher gestern wegen einer ganzen Reihe von Betrugsfällen von der siebenten Strafkammer des Landgerichts I stand. Seidel suchte sich Kenntnis von den persönlichen Verhältnissen derjenigen Leute zu verschaffen, mit denen er in Berührung kam, um sie dann in der raffiniertesten Weise zu betrügen. So wußte er z. B. daß ein ihm bekannter Klempnermeister sich von seiner Ehefrau getrennt hatte und letztere eine Wiedervereinigung anstrebte. Er schickte einen Brief auf, worin der Klempnermeister seine Ehefrau ersuchte, ihn durch den Ueberbringer, einen Diensthmann, 10 M. zu senden, da er gerade einen günstigen Einkauf machen könne. Er habe sich etwas die Hand verletzt, sie sollte sich deshalb nicht an die veränderte Schrift stoßen. Der Brief schloß mit den Worten: „Sei gut Alle und schide das Geld. Du weißt, Alte Liebe rasset nicht.“ Die Adressatin fiel darauf hinein. In einem zweiten Falle war ein Schuhmann der Betrogene. Der Angeklagte schrieb im Namen eines Regimentssoldaten, der die Vorschulklasse wegen einer Kleinigkeit nicht in Anspruch nehmen wollte, und deshalb den Adressaten bat, ihm 10 Mark zur augenblicklichen Ausbisse zu schicken. Diensthmann ist bezahlt, Marke in meinen Händen, deshalb kein Bedenken“, schloß der Brief. In einem dritten Falle schrieb „ein eben aus dem Krankenhause Entlassener“ an seine Frau und bat um 10 Mark und in ähnlicher Weise wußte der Angeklagte alle Umstände, die zu seiner Kenntnis gelangten, auszubenten. Innerhalb weniger Wochen ist ihm in neun Fällen ein derartiger Betrug gelungen. Der Gerichtshof verurteilte dem Angeklagten mit Rücksicht auf die Gemeingefährlichkeit seiner Handlungsweise mildernde Umstände und verurteilte ihn zu drei Jahren Zuchthaus und fünfjährigem Ehrverlust.

Versammlungen.

Eine gutbesuchte Versammlung der Schmiede fand am 16. März statt. Genosse Gustav Tempel berichtete über die Antwort der Gewerbe-Deputation auf die Beschwerde, welche infolge eines Beschlusses des Bureau der letzten öffentlichen Versammlung betreffs der Mißstände in der Innungsherberge, Mülackstraße, erhoben hat. Die Gewerbe-Deputation empfehle denen, welche sich vom Herbergs-„Vater“ Wilde brutal behandelt oder beschimpft glaubten, den Weg der Privatklage zu beschreiten. Natürlich habe sich die Gewerbe-Deputation erst an die Innung gewandt und sich ein „Gutachten“ von dieser ausstellen lassen. Dies äußerst unzulängliche Verantwortung der Beschwerde sei jedenfalls auf das Gutachten zurückzuführen. Redner verliest es. In dem Schriftstück lehnt der Obermeister es ab, mit dem Bureau einer öffentlichen Versammlung zu verhandeln. Das wäre „geigneter“, daß gute Verhältnisse zwischen Meister und Gesellen zu finden. (Au!) Und dann bestände ja eine aus dem Gesellenausfluß und einigen Meistern gebildete Beschwerdekommision; diese allein hätte Klagen über Herberge und Arbeitsnachweis zu erledigen. Weiter beschäftigt sich das Schreiben der Innung mit den einzelnen Fällen, bezüglich welcher Beschwerde geführt wurde und welche zum Teil auch von der Beschwerdekommision der Innung untersucht wurden. Die Entscheidungen der letzteren fielen durchweg ungünstig für die Beschwerdeführer aus. Genosse Tempel sprach die Meinung aus, daß dieselben nicht zu ihrem Recht gekommen seien. Wenn nicht die Verhältnisse zu schlechte wären, müßte die Herberge boykottiert werden. Die Gesellen thäten am besten, selbst einen Arbeitsnachweis zu gründen. An der Diskussion nahmen teil die Herren Kaiser, Walzerowski, Karal, Fischer, Franke, Dörgeloh, Lange und O. Thierbach. Ganz anders wie das Innungs-„gutachten“ stellten einige der Redner den Verlauf verschiedener Beschwerden, Untersuchungen dar. Mehrere Versammlungsbesucher meldeten sich, welche gesehen zu haben erklärten, wie Walzerowski vom „Vater“ Wilde gestoßen und geschlagen wurde. Sie stellten sich erstem als Zeugen zur Verfügung. Derselbe hatte nämlich bei der Innungs-Kommision Beschwerde erhoben, welche nicht als berechtigt anerkannt wurde, weil drei Zeugen „nichts gesehen hatten“. Er wird sich nun nochmals beschweren. Fischer brachte ähnliche Fälle vor und bezeichnete die Schmiedegesellen als verpöndelt, weil sie sich alles gefallen ließen. Gehe es einem Arbeitslosen wie Walzerowski, dann habe niemand etwas gesehen. Die Furcht, von Wilde keine Arbeit zu bekommen, sei zu groß. Kaiser, Dörgeloh und Thierbach bekräftigten lebhaft den Beitritt zur Organisation. Werde diese groß und stark, dann bekomme die Gesellenchaft auch den Nachweis und die Herberge in ihre Hand. Folgende Resolution fand einstimmig Annahme:

„Die Versammlung erklärt die Antwort der Schmiede-Innung auf die Nachfrage der Gewerbe-Deputation für unzureichend. Die heutigen Verhältnisse der Innungsherberge betrachtet die Versammlung als menschenunwürdige. Sie beauftragt die Vereinigung der deutschen Schmiede, die Einrichtung eines nur von Gesellen geleiteten Arbeitsnachweises anzustreben.“

Dörgeloh berichtete dann über die Tätigkeit der Streit-Kontrollkommission. Er erhielt von der Versammlung den Auftrag, eine öffentliche Versammlung einzuberufen, in welcher die Schäden des Submissionswesens besprochen werden sollen. Auch wurde Dörgeloh beauftragt, das bekannte Projekt des Affessor Dr. Freund betreffs der Arbeitsnachweise weiter zu verfolgen. Durch Erheben von den Klagen ehre dann die Versammlung das Andenken Karl Marx und der Märzgefallenen. Mit einem Hoch auf die revolutionäre Arbeiterbewegung ging man auseinander.

Aufgelöst auf Grund des § 5 des preussischen Vereinsgesetzes wurde die am Donnerstag bei Holz, Alte Jakobstraße abgehaltene

Achtung! Maurer. Achtung!

Mitglieder-Versammlung

des
Zentral-Verbandes deutscher Maurer
(Zahlstelle Berlin II)
am Sonntag, den 19. März, Vorm. 10^{1/2} Uhr,
in Brochnow's Lokal (fr. Orschel), Sebastianstr. 39.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen Hoppe, über: Produktion und Konsumtion.
2. Diskussion. 3. Gründung eines Arbeitsnachweises. 4. Verschiedenes.
Es ist Pflicht eines jeden Maurers in der Versammlung zu erscheinen.
245/10
Die Mitgliederversammlungen finden jeden Sonntag nach dem 15. d. M. statt im obengenannten Lokale.

Große öffentliche Versammlung für Männer und Frauen

am Sonntag, den 19. März, Abends 6 Uhr,
im Lokale des Herrn Otto Klein, Schönleinstraße 6.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen Dost über: Zweck und Nutzen der Gewerkschaftsbewegung. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
Zur Deckung der Unkosten 10 Pf. Entree. — Nach der Versammlung: Gemüthliches Beisammensein.
Um zahlreichen Besuch bittet
Die Einberuferin.

Schmargendorf.

Sonntag, 19. März, Nachm. 4 Uhr, im Wirthshaus Schmargendorf (früher Kübler), Warnemünderstraße:

Versammlung für Männer u. Frauen.

Tagesordnung: 1. Die neue Militärvorlage. Referent: Zubell-Berlin.
2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
Der Vertrauensmann.
Nach der Versammlung: Geselliges Beisammensein. 1896b

Genossenschafts-Bäckerei

für Berlin und Umgegend
(Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung).
Am Donnerstag, den 30. März, Abends 6 Uhr, im Saale von Joël, Andreasstr. 21:
Ausserordentliche Generalversammlung.

Tages-Ordnung: 95/14
Fortsetzung der am 12. Februar cr. vertagten Versammlung und Bericht-erstattung durch die 19er Kommission.
Der Aufsichtsrath.

Fachschule

der Vereinigung der Maler, Lackirer etc. Berlin.
Die Ausstellung der Schüler-Arbeiten vom Semester 1892/93 findet am Sonntag, den 19. März, von Mittags 12 bis Abends 6 Uhr statt.
Zutritt für die Ausstellung steht Jedermann frei.
1872b
Die Fachschul-Kommission.



Solidarität!

Arbeiter! Nur Hüte, welche nebenstehende Marke unter dem Schweißleder tragen, bieten Garantie, daß den Berufsgenossen gerechter Lohn wurde!

Kauft nur Hüte mit dieser Marke!

In folgenden Geschäften sind Hüte mit Kontrollmarken zu haben:

- | | |
|--|---|
| H. Aertmans, Prinzenstr. 28. | W. Rother, Arndtstr. 31, vis-à-vis der Schendendorffstraße. |
| A. Aerschky, Große Frankfurterstr. 44. | G. Sarsch, Wilsnaderstr. 52 (Moabit). |
| O. Arnold, Dresdenerstr. 118. | O. Schulze, Ruppinerstr. 27. |
| Rud. Belsse, Chausseest. 70. | A. Schlegel, Brunnenstr. 33. |
| O. Böttcher, Lichtenbergerstr. 1. | Carl Stark, Neue Königstr. 73. |
| Wilh. Böhm, Blücherstr. 11. | H. J. Stoboy, Oranienstr. 170. |
| A. Bracklow, Schönhauser Allee 29. | W. Sy, Brunnenstr. 139. |
| E. Dittmer, Adlerstr. 68b. | A. Wittenscher, Moabit, Südbederstr. 4. |
| G. Dunsing, Dresdenerstr. 6. | Rud. Wegener, Stromstr. 59. |
| Paul Dronske Nachf., Oranienstr. 172. | C. Wolter, Zionskirchplatz 2. |
| F. Franke, Müllerstr. 183. | W. Wolf, Steinmehlst. 40. |
| A. Fuchs, Manteuffelstr. 35/36. | C. Röttig, Fehrbellinerstr. 88. |
| Th. Gerlach, Einiest. 39. | E. Bergmann, Markgrafenstr. 100. |
| A. Glaab, Neue Hochstr. 40a. | Carl Renz, Oranienstr. 6. |
| Gust. Gross, Frankfurter Allee 167. | Grüner Weg 82. |
| R. Haase, Kastanien-Allee 36. | A. Schumann, Gerichstr. 17. |
| Ph. Haase, Neimendborgerstr. 64. | H. Grandegus, Franzl. Chaussee 45a. |
| P. B. Hansen, Münchebergerstr. 20. | J. Kock, Kastanien-Allee 80. |
| P. B. Hansen, Raunynstr. 22. | G. Gottmann, Große Frankfurterstr. 130. |
| Fr. Haupt, Große Frankfurterstr. 145. | W. Zapel, Staligerstr. 131. (Bitte genau auf die Hausnummer zu achten.) |
| W. Hildebrandt, Schönhauser Allee 4. | A. Graffert, Rummelsburg, Lützschmidtstr. 1. |
| J. Joggens, Schwedterstraße 243. | P. B. Hansen, Friedrichshagen, Friedrichstr. 103. |
| O. Jörs, Panikstr. 5a. | W. Benecke, Potsdam, Jägerstr. 36. |
| A. Kehr, Köpcke'str. 126. | Bosselmann, Charlottenburg, Scharrenstr. 11a. |
| W. Klem, Bernauerstr. 108. | T. Koschel, Charlottenburg, Sophie-Charlottenstr. 27. |
| F. Köppen, Müllerstr. 14a. | E. Radloff, Charlottenburg, Berlinerstraße 5. |
| G. Köpke, Prinzenstr. 60. | F. Julow, Bankow, Breitest. 24. |
| Kriegshammer, Bellealliancestr. 91. | G. Schandt, Neu-Weißensee, Langhansstr. 71. |
| G. Knaake, Andreasstr. 24. | A. Klinge, Köpenick, Nieherstr. 43. |
| P. Kunz, Prinzen-Allee 87. | C. Schmidt, Köpenick, Nieherstr. 41. |
| Ph. Krull, Zionskirchstr. 55, Ecke der Anklamerstraße. | G. Scholz, Weißensee, Gustav-Adolfstraße 14. |
| Arnold Lange, Brunnenstr. 136/137. | |
| H. Meissner, Neue Hochstr. 43. | |
| Oh. Otto, Chausseest. 22. | |
| W. Röhricht, Frankfurter Allee 118a. | |
| C. Polvoigt, Frobenstr. 28. | |
| C. Pimpel, Landsbergerstr. 103. | |
| P. Diederich, Oranienstr. 9. | |
| E. Rieck, Badstr. 64. | |

Wir bitten die Genossen, namentlich die von uns veröffentlichten Geschäfte zu berücksichtigen. Aber auch hier immer nach der Marke zu fragen und sich zu überzeugen, daß dieselbe im Hut klebt. Jedes Einleben der Marke beim Kaufen ist Beitrag.

Die Arbeiter-Kontroll-Kommission
Deutscher Hutmacher.
S. A.: C. Kempe, Weinstraße Nr. 12.

Verband der in Vergolden- u. verw.-Gewerben besch. Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands. Filiale Berlin.

Monats-Versammlung

am Montag, 20. März, Abds. 8 Uhr, bei Schoffer, Inselstraße 10.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Dr. Sätgenau: Die Massen und die Ethik. 2. Diskussion. 3. Wahl des 1. Filial-Vorsitzenden. 4. Verschiedenes.
Neue Mitglieder werden in der Versammlung aufgenommen.
Um recht zahlreiches Erscheinen ersucht dringend Die Ortsverwaltung.
NB. Die Vertrauensleute werden ersucht, ihre genauen Adressen nebst Mitgliederzahl dem Schriftführer Herrn Emil Kleophaat, Steinmehlst. 65, IV, einzusenden, damit die Zeitungen regelmäßig zugestellt werden können.
355/10 D. D.

Ortskrankenkasse d. Mechaniker, Optiker u. verw. Gewerbe.

General-Versammlung der Delegirten

am Sonntag, 26. März, Um. 10^{1/2} Uhr, in den Arminhallen, Kommandantenstraße 20.

Tages-Ordnung:
1. Verlesung des Protokolls der letzten Generalversammlung.
2. Bericht der Revisoren (Jahresbericht). 1897b
3. Beschlußfassung des revidirten Statuts.
4. Verschiedenes.
Berlin, den 17. März 1898.
Der Vorstand. O. Reichnow.

Allgemeine Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter

Filiale II. 224/2
Sonntag, den 19. März d. J., Um. 10^{1/2} Uhr, Fichtestr. 29 b. Krösche,
Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Rapportbericht.
2. Bericht der Revisoren. 3. Filial-Angelegenheiten. Zu zahlreichem Besuch ladet ein
Der Vorstand.

Sanitäts-Verein für Arbeiter beiderlei Geschlechts (G. S. 85).

General-Versammlung

am Sonntag, d. 19. März, Nachm. 4 Uhr, Alte Jakobstr. 75.

T. D.: 1. Bericht des Vorstandes.
2. Bericht des Kassirers. 3. Revisionsbericht. 4. Wahl des Vorstandes und des Ausschusses.
261/2
Mitgliedsbuch oder Karte legitimirt.
Der Vorstand. S. A.: P. Hund.

Verein schlossischer Sozialdemokraten.

Sonntag, den 19. März, Versammlung bei Brochnow, Sebastianstr. 39.

Tages-Ordnung: Der 18. März, Vereinangelegenheiten, Verschiedenes. Gäste willkommen. (1874b) Der Vorstand.

Lithographen, Steindrucker und Verlagsbesitzer Berlins.

Die Kollegen, welche noch Billets und Geld von der Matinee vom 5. März in Händen haben, werden ersucht schnellstens abzurechnen.
Die Unterstützungskommission.
S. A.: Friedewald, Sorauerstr. 18.

Gr. Märzfeier.

Heute, Sonntag, Abends 8 Uhr, Sebastianstr. 39 bei Brochnow (fr. Orschel), arrangirt von der Freien Vereinigung der Uniform- und Zivil-Schneider Berlins.
237/15
Gäste haben Zutritt.

Für Vereine!

Großes und kleines Vereinszimmer, extra Eingang, jeden Tag frei; passend für Zahlstellen und Arbeitsnachweise. Auch empfehle Mittag- u. Abendtisch bei soliden Preisen. Gute Weiße 20, gutes Glas Bier 10 Pf. 3502*
Hermann Liwald, Manteuffelstr. 46, dicht an Oranienstr. bezw. Staligerstr.

W. Noack's

Konzert- u. Gesellschafts-Säle

Brunnenstraße 18-19,
Jeden Sonntag:
Grosses Streich-Konzert
unter Leitung des Herrn Musikdirektors Marschall.
Anfang 6 Uhr. Entree 30 Pf.
Nach dem Konzert:
Familien-Tanz-Kränzchen.
Empfehle meine hocheleganten Säle für Vereine und Privatgesellschaften zu kulantesten Bedingungen.
1884b
W. Noack.

15. April.
Sonabend umständehalber noch frei.
1865b* C. Joël, Andreasstr. 21.
Rufbaumstängel verkauft sof. wegen Wohnungsaufgabe Preuß. Diefenbachstraße 52, 4 Tr. 1871b

Steglich! Töpfer! Rixdorf!

2 Wander-Versammlungen

des Vereins zur Regelung der gewerblichen Verhältnisse der Töpfer Berlins u. Umg.

- in Rixdorf, im Lokale des Herrn Kummer, Berlinerstraße 136, am Sonntag, d. 19. März, Vorm. 10 Uhr.
- in Steglitz, im Lokale des Herrn Borsdorf „Börse“, am Montag, den 20. März, Abends 6 Uhr.

Tagesordnung in beiden Versammlungen: 1. Vortrag. 2. Verschiedenes.
Um zahlreichen Besuch derselben bittet
Der Vorstand.
S. A.: H. Topf, Gipsstraße 3.

Möbel u. Polsterwaaren

Aug. Herold, Oranienstr. 83/84.

Neu eröffnet! Neu eröffnet!

S. HEYMANN,

Berlin C.,
Rosenthaler-Str. 14.

Einziges Geschäft der Herren- u. Knaben-Garderoben-Branche am hiesigen Platze, welches die wirklich strengsten Preise auf jedem Gegenstande in billiger Auftheilung abgeschlossen hat.

Herren-Paletots
M. 15, 18, 21, 24, 30-45.

Neuheiten.
Herren-Jaquet- und Rock-Anzüge.
(1- und 2-reihig)
M. 16, 18, 22, 24, 30, 38, 42 bis 45.

Beinkleider | Einzelne Jaquets
M. 3^{1/2}, 4, 5, 6, 7, 10-16. | M. 8, 9, 10, 11, 12-16.

Confirmanden-Anzüge

in großartiger Auswahl.
Blau Diagonal, schwarz, blau Kammgarn u. dgl. Buckskin, elegant verarbeitet, M. 11, 13, 15, 18, 20, 24-36.

Knaben-Blousen, Matrosen-, Falten-, Schul-Anzüge,

neueste Façons M. 3, 4, 6, 7, 8, 10, 12 und höher.

Knaben-Paletots mit Pelerinen.

Knaben-Paletots in Herren-Façons,

reizende Neuheiten von 6 M. an.

Grosses Stofflager

zur Anfertigung nach Maasß unter Garantie für guten Sitz.
Auswahlsendungen stehen zu Diensten.

Verkaufsprinzip:

Grösste Reellität, streng feste Preise.

Coblentz, Firmungstr. 4 u. 6 am Paradeplatz.
Frankfurt a. M., Neue Kräme 7 parterre und 1. Stock.

Neu eröffnet!

Jede Uhr

zu repariren und reinigen kostet bei uns unter Garantie des Gutes nur 1 Mk. 50 Pfg. (außer Bruch), kleine Reparaturen billiger. Großes Lager neuer und gebrauchter Uhren, getragene Uhren von 5 M. an. Neue feib. Cylinder-Remontoirs, 6 Steine, von 14 M. an, do. 10 Steine, von 16 M. an, goldene Damen-Remontoirs, 14-Rarat Gold v. 24 M. an. Gold- und Silberwaaren in gr. Auswahl zu Fabrikpreisen.

E. Rother & Stolz,

1. Geschäft: Andreasstr. 62.
2. Chausseest. 78.
Uhrmacher.

Kein Laden! Kein Laden!

Damen-Mäntel-Fabrik

3867L*

A. Henemann

Oranienstraße 40/41, am Oranienplatz,
I. u. II. Etage.
Sämmtliche Saison-Nouveautés vom billigsten bis feinsten Genre.

Detailverkauf zu Engros-Preisen.

Kein Laden! Kein Laden!

Sinderwagen. Größtes Lager Berlins | Kanarienhäue, v. 8 M. an, vert. Andrasstr. 23. Dr. F. Schurig, Wörtherstr. 83.